



Lucie Billmann (Hrsg.)

## **UNHEILIGE ALLIANZ**

DAS GEFLECHT VON CHRISTLICHEN  
FUNDAMENTALISTEN UND POLITISCH  
RECHTEN AM BEISPIEL DES WIDER-  
STANDS GEGEN DEN BILDUNGSPLAN  
IN BADEN-WÜRTTEMBERG



# INHALT

<b>Einleitung</b>	<b>3</b>
Lucius Teidelbaum <b>«Kein Bildungsplan unter der Ideologie des Regenbogens»</b> Homo- und transphobe Straßenproteste gegen den Entwurf eines neuen Bildungsplans in Stuttgart	<b>6</b>
Marcus Felix <b>Selbstbestimmung, Teilhabe und Respekt</b> Worum es bei der Bildung und Erziehung hinsichtlich geschlechtlicher und sexueller Vielfalt wirklich geht. Eine GEWerkchaftliche Position	<b>15</b>
Andreas Kemper <b>Christlicher Fundamentalismus und neoliberal-nationalkonservative Ideologie am Beispiel der «Alternative für Deutschland»</b>	<b>21</b>
Ingar Solty <b>Öffentliche Schulbildung, Sexualerziehung und rechter Widerstand gegen kulturelle Liberalisierung</b> Lassen sich die Bewegung gegen den Bildungsplan 2015 in Baden-Württemberg und die Bewegung gegen die «Common Core State Standards Initiative» in den USA vergleichen?	<b>30</b>
<b>Angaben zu den Autorinnen und Autoren</b>	<b>38</b>



## EINLEITUNG

Im November 2013 begann eine Debatte um ein Arbeitspapier der grün-roten Landesregierung, das diese im Vorfeld einer geplanten Neufassung des Bildungsplans für 2015 erstellt hatte. In diesem Arbeitspapier wurden «Leitprinzipien» vorgestellt, die übergreifend in allen Fächern behandelt werden sollen. Darunter fallen unter anderem berufliche Orientierung, Medienbildung, Prävention und Gesundheitsförderung. Eingearbeitet wurde ebenfalls die Maßgabe, die Akzeptanz sexueller Vielfalt zu «berücksichtigen», das heißt, dass beispielsweise SchülerInnen «die verschiedenen Formen des Zusammenlebens von/mit LSBTTI-Menschen» kennenlernen und «die Begegnungen in einer sich wandelnden, globalisierten Welt» reflektieren sollen.<sup>1</sup> Im Beitrag von Marcus Felix werden die Inhalte dieses Papiers aus Sicht der Gewerkschaft GEW eingehender diskutiert.

Die Gegenwehr zeigte sich zum einen in Form einer Online-Petition des Realschullehrers Gabriel Stängle. Er argumentierte, dass der Aktionsplan «für sexuelle Akzeptanz [...] auf eine pädagogische, moralische und ideologische Umerziehung an den allgemeinbildenden Schulen» abzielt.<sup>2</sup> Bis zur Zeichnungsfrist der Petition am 27. Januar 2014 hatten knapp 200.000 Menschen die Petition unterschrieben, davon 82.000 Menschen aus Baden-Württemberg. Sowohl die Evangelische Allianz in Deutschland als auch der baden-württembergische Landesverband der Alternative für Deutschland (AfD) riefen zur Unterstützung dieser Petition auf. Auch die oppositionelle CDU forderte auf ihrem Landesparteitag am 22. März 2014 eine Korrektur des Bildungsplans: Unter anderem wurde die Beachtung des Elternrechts betont und Kritik geübt an der fächerübergreifenden Beschäftigung mit «sexueller Vielfalt». Es kam zu einem Treffen mit Ministerpräsident Winfried Kretschmann

(Bündnis 90/Die Grünen) und VertreterInnen der evangelikalen Bewegung. Die Landesregierung zog Anfang April 2014 den Entwurf für den Bildungsplan zurück und bekundete, dass sie Abstand davon nehme, «sexueller Vielfalt» eine besondere Rolle zuzuweisen. Anstatt der vorgesehenen Leitprinzipien wird nun von *Leitperspektiven* gesprochen, hinzugefügt wurde die Leitperspektive «Bildung für Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt». Am 24. April 2014 gab die Landesregierung bekannt, der Bildungsplan werde erst zum Schuljahr 2016/17 fertiggestellt. Bis dahin sollen die Leitperspektiven nochmals umfassend überarbeitet werden.

Lucius Teidelbaum befasst sich in seinem Beitrag mit dem Widerstand gegen den Bildungsplan-Entwurf, vor allem mit öffentlichkeitswirksamen Protesten: In Stuttgart fan-

### Hintergrund LSBTTIQ

Die Abkürzung LSBTTIQ steht für lesbische, schwule, bisexuelle, transgender, transsexuelle, intersexuelle und queere Menschen – also für alle Menschen mit nicht heterosexuellen Identitäten oder Orientierungen. Die Abkürzung kommt aus dem englischen Sprachraum, wo in der Regel von LGBT gesprochen wird (L = Lesbian, G = Gay, B = Bisexual, T = Transgender). Letztlich werden mit dieser Abkürzung die geschlechtliche Vielfalt und die Mannigfaltigkeit sexueller Orientierungen benannt. Viele Gruppen, Vereine und Initiativen nutzen diese Bezeichnung, um deutlich zu machen, dass sie für die gesellschaftliche Anerkennung und Gleichberechtigung dieser Menschen eintreten sowie gegen Homo- und Transphobie.

den mehrere Demonstrationen statt, unter anderem unter dem Motto «Demo für alle», in Anlehnung an die Bewegung «La Manif Pour Tous» in Frankreich, deren Aufruf gegen die Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe und des Adoptivrechts für gleichgeschlechtliche Paare vor zwei Jahren Hunderttausende in Paris auf die Straße gebracht hatte. Lucius Teidelbaum beschreibt das Spektrum, das sich an den Mobilisierungen in Baden-Württemberg beteiligt hat – von christlich fundamentalistischen bis hin zu rechten beziehungsweise rechtskonservativen Gruppen und Parteien –, und welche «gefährlichen Allianzen» hier zusammengefunden haben. Andreas Kemper zeigt in seinem Beitrag auf, wie die AfD in ihrer Mitgliederstruktur diese Gemengelage von christlichem Fundamentalismus und neoliberal-nationalkonservativer Ideologie widerspiegelt. Deren Galionsfigur – Beatrix von Storch, Abgeordnete im Europaparlament – war maßgeblich an der Organisation der Demonstrationen in Stuttgart beteiligt.

Solche neuen «gefährlichen Allianzen» lassen sich zurzeit nicht nur in Baden-Württemberg beobachten. Die Debatte um das Arbeitspapier zum Bildungsplan fungiert hier letztlich als eine Art Brennglas, das verschiedene politische Strömungen bündelt. Neue Bildungspläne, die das Thema Sexualerziehung aufgreifen, sind auch in anderen Bundesländern in der Mache – beispielsweise in Niedersachsen, Bremen, Berlin und Nordrhein-Westfalen. Ähnlich ausgerichtete Demonstrationen fanden daher auch in diesen Regionen und Städten statt. Das Spektrum, das sich an diesen beteiligt, ist vergleichbar mit dem bei den «Märschen für das Leben» oder den «1.000-Kreuze-Märschen», auf denen sich vor allem AbtreibungsgegnerInnen aller Couleur tummeln.<sup>3</sup>

Ingar Solty fragt in seinem Beitrag, inwieweit die Bewegung gegen zeitgemäße Bildungspläne hierzulande vergleichbar ist mit dem rechten Widerstand gegen die Durchsetzung von landesweiten Standards in der Schulpo-

litik in den USA (Common Core State Standards Initiative/CCSSI), die von massiven Privatisierungstendenzen im Bildungssektor begleitet wird. Während diese neoliberale Bildungsreform in den USA auch von linker Seite Kritik erfährt, hat die Rechte die Auseinandersetzung darum zu einem Kulturkampf erklärt zwischen den konservativen Staaten im Süden und den eher liberalen Staaten im Nordosten des Landes. Für linke Kreise bleibt es eine Herausforderung, eigene Antworten zu finden, die sich sowohl gegen die staatliche neoliberale Bildungsreform als auch gegen die gesellschaftlich äußerst einflussreiche (evangelikale) Rechte richten. Angesichts des allgemein starken Einflusses der US-amerikanischen Kultur ist zu befürchten, dass Diskurse der politischen Rechten dort auch hierzulande weiter an Bedeutung gewinnen werden. Unabhängig von diesen Einflüssen lässt sich feststellen, dass die Themen Sexualerziehung, Gleichberechtigung der Geschlechter sowie feministische Forderungen im konservativ-bürgerlichen Lager anscheinend immer noch diffuse Ängste auslösen. Christliche FundamentalistInnen und rechte bis rechtsextreme Gruppen nutzen dies aus und schaffen mit den Demonstrationen einen öffentlichen Raum, in dem sich diese Gefühle artikulieren lassen. Damit erreichen sie neuerdings nicht nur eine größere mediale Sichtbar- und Aufmerksamkeit, sondern können auch noch ihre Salonfähigkeit beziehungsweise vielmehr ihre Stammtischtauglichkeit unter Beweis stellen. Anfang Juni dieses Jahres wird der Evangelische Kirchentag in Stuttgart stattfinden. Pietistische Strömungen, die den Wertehorizont Evangelikaler Gruppen weitgehend teilen, spielen seit Langem eine zentrale Rolle in den Strukturen der gastgebenden württembergischen Landeskirche und werden daher auf dem Kirchentag präsent sein.<sup>4</sup>

Ein zentrales Anliegen dieser Broschüre ist es aufzuzeigen, dass Homo- und Transphobie als auch Frauenfeindlichkeit keine Phäno-

mene sind, die nur am politisch rechten Rand der Gesellschaft zu finden sind, sondern dass solche Haltungen bis weit in die bürgerliche Mitte hinein auf Verständnis und Zustimmung stoßen. Daher ist eine kritische Auseinandersetzung mit diesen Strömungen unbedingt notwendig, genauso wie mit der Frage, wie Verständnis und Akzeptanz für gesellschaftliche Komplexität und Diversität gefördert werden können.

**Lucie Billmann**

Stuttgart, Mai 2015

**1** Zit. nach Arbeitspapier (Stand 18.11.2013) des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg, unter: [www.kultusportal-bw.de/site/pbs-bw/get/documents/KULTUS.Dachmandant/KULTUS/kultusportal-bw/Bildungsplanreform/Arbeitspapier\\_Leitprinzipien.pdf](http://www.kultusportal-bw.de/site/pbs-bw/get/documents/KULTUS.Dachmandant/KULTUS/kultusportal-bw/Bildungsplanreform/Arbeitspapier_Leitprinzipien.pdf). **2** Zit. nach dessen Website. Vgl. [www.openpetition.de/petition/online/zukunft-verantwortung-lernen-kein-bildungsplan-2015-unter-der-ideologie-des-regenbogens](http://www.openpetition.de/petition/online/zukunft-verantwortung-lernen-kein-bildungsplan-2015-unter-der-ideologie-des-regenbogens). **3** Vgl. Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e. V.: Über 1000 Kreuze. Christlicher Anti-Abtreibungsmarsch «Marsch für das Leben» am 17. September 2011 in Berlin, Berlin 2011, unter: [www.apabiz.de/publikation/broschueren/2011-09-17-Berlin-Marsch-fuer-das-Leben-web.pdf](http://www.apabiz.de/publikation/broschueren/2011-09-17-Berlin-Marsch-fuer-das-Leben-web.pdf). **4** Vgl. [www.kirchentag.de/vor\\_ort/die\\_gastgeber\\_des\\_kirchentages/wuerttembergische\\_landeskirche.htm](http://www.kirchentag.de/vor_ort/die_gastgeber_des_kirchentages/wuerttembergische_landeskirche.htm).

Lucius Teidelbaum

## «KEIN BILDUNGSPLAN UNTER DER IDEOLOGIE DES REGENBOGENS» HOMO- UND TRANSPHOBE STRASSENPROTESTE GEGEN DEN ENTWURF EINES NEUEN BILDUNGSPLANS IN STUTTGART

Am 21. März 2015 fand in Stuttgart bereits zum sechsten Mal eine Demonstration gegen die Neufassung des baden-württembergischen Bildungsplans statt. Auf dem Online-Portal queer.de wird dies als «Auflauf der Erz-Homophoben» beschrieben. Tatsächlich richteten sich die Proteste vor allem gegen einen Abschnitt im Entwurf, in dem die Verankerung der «Akzeptanz sexueller Vielfalt» vorgesehen war.

### **Ablauf der Anti-Bildungsplan-Demonstrationen und Gegenproteste**

Bisher kam es in Stuttgart 2014 und 2015 zu insgesamt sechs homophoben Demonstrationen, die sich gegen den Bildungsplan-Entwurf richteten, wobei zum Teil auch andere Themen wie «Frühsexualisierung» und «Gender-Mainstreaming» angeschnitten wurden. Die erste Demonstration mit 500 bis 700 TeilnehmerInnen<sup>1</sup> fand am 1. Februar 2014 statt. OrganisatorInnen waren offenbar die Eheleute Hans Christian und Natalie Fromm, die unter dem Label «Besorgte Eltern» auftraten. Die zweite Demonstration fand am 1. März 2014 statt, es nahmen etwa 800 Personen an ihr teil. Ab der Demonstration am 1. März 2014 spielte auch das Thema Gender-Mainstreaming eine zentrale Rolle. Dabei handelt es sich um inzwischen ausgelaufene Programme zur Gleichstellung von Mann und Frau, die auch traditionelle Rollenbilder und den Geschlechterdualismus infrage stellen. Für Rechte und Konservative steckt hinter den Gender-Mainstreaming-Programmen eine «Genderismus-Ideologie», die alles unterwandert und

die Zerstörung der traditionellen (= heteronormativen) Familie zum Ziel hat. So appellierte die katholische Antifeministin Inge Thürkauf bei der Demonstration in Stuttgart am 1. März 2014 an den baden-württembergischen Ministerpräsidenten:

**«Herr Ministerpräsident Kretschmann, Sie selbst sind nicht nur Familienvater, Sie sind auch unser Landesvater und: Sie sind katholischer Christ, und in dieser Eigenschaft erlaube ich mir, Sie nun anzusprechen. Wir bitten Sie, alles in Ihrer Macht Stehende zu tun, um die Gender-Ideologie zumindest in Ihrem Regierungsbereich Baden-Württemberg zu stoppen, um uns und unsere Kinder zu bewahren – vor der Neuen Weltordnung der Sexualität.»<sup>2</sup>**

Die dritte Demonstration in Stuttgart fand am 5. April 2014 unter dem Motto «Elternrecht wahren! Stoppt Gender-Ideologie und Sexualisierung unserer Kinder per Bildungsplan» statt. An ihr nahmen 600 bis 1.000 Personen teil.

An der vierten Demonstration am 28. Juni 2014, die unter dem Motto stand «Ehe und Familie VOR – Stoppt Gender-Ideologie und Sexualisierung unserer Kinder!», beteiligten sich 700 bis 1.000 Personen. Hier übernahm Hedwig von Beverfoerde, die Sprecherin der «Initiative Familienschutz», eine Gruppe der «Zivilen Koalition», die Moderation. Die Initiative Familienschutz gehört zu einem schwer durchschaubaren Geflecht rechtskonservativer Organisationen um die AfD-Europa-Abgeordnete Beatrix von Storch und ihren Mann, Sven von Storch, der im Impressum des Blogs [www.demofueralle.de](http://www.demofueralle.de) aufgeführt wird (vgl.

hierzu auch den Beitrag von Andreas Kemper in dieser Broschüre). Bei einer AfD-Wahlkampfveranstaltung am 29. Januar 2015 in Hamburg hatte Beatrix von Storch ganz offen eingestanden, hinter den homo- und transphoben Demonstrationen zu stecken: «Sie wissen vielleicht nicht, dass ich die organisiere, das läuft auch aus meinem Büro. Ich bin ja nicht nur mit der «Alternative für Deutschland» aktiv, sondern auch mit der «Zivilen Koalition».»<sup>3</sup> Gleiches galt laut von Storch auch für eine ähnliche Demonstration in Hannover. Seit dem 5. April wurden auch der Namen und die Ästhetik der aus Frankreich stammenden «Demo für alle» übernommen. Die fünfte Demonstration fand am 19. Oktober 2014 in Stuttgart statt. An ihr nahmen bis zu 2.000 Personen teil. Wie es zu der Verdoppelung der Teilnehmerzahl kam, ist unklar. Zur bisher letzten Demonstration mit dem Motto «Elternrecht wahren!» am 21. März 2015 in Stuttgart kamen etwa 1.000 Personen. Insgesamt haben also seit Anfang 2014 sechs Demonstrationen dieser Art in Stuttgart stattgefunden. Daneben kam es andernorts zu acht thematisch ähnlich ausgerichteten Protestaktionen: davon zwei in Köln im Januar und März 2014, eine im Juni in Frankfurt am Main, zwei in Hannover im Herbst, seit Oktober eine jeweils in Augsburg, in Dresden und in Hamburg. In Köln, Frankfurt, Hannover und Augsburg wurde vor allem gegen eine vermeintliche «Frühsexualisierung» beziehungsweise gegen «Sexualkundeunterricht» an der Schule demonstriert. Die Teilnehmerzahlen schwankten dabei zwischen ein paar Dutzend und mehreren Hundert, nur in Hannover am 22. November 2011 und angeblich auch in Köln am 18. Januar 2014 sowie in Frankfurt am Main am 21. Juni 2014 kamen über 1.000 Personen zusammen. Weitere Demonstrationen waren für Osnabrück (12. April 2014), München (10. Mai 2014) und Köln (14. Mai 2014 und 14. Februar 2015) geplant, fielen dann aber aus.

Die Zahl der in Stuttgart eingesetzten Polizist\_innen steigerte sich zunächst von Demonstration zu Demonstration. Waren es am 1. Februar 2014 noch 200, so waren es am 1. März 2014 schon doppelt so viele, am 5. April 500 und am 28. Juni 2014 sogar 800. Am 19. Oktober 2014 waren dann 500 Polizeibeamte im Einsatz, am 21. März 2015 stieg die Zahl wieder auf 700 an. An direkten Gegendemonstrationen beteiligten sich jeweils mehrere Hundert Personen. Hinzu kamen bis zu 1.000 weitere Protestierende, die an Kundgebungen teilnahmen, zum Beispiel am 1. März 2014. Mit Transparenten, Schildern, Verkleidungen und eigenen Flyern trugen die Protestierenden eine inhaltliche Gegenposition auf die Straße, wiederholt wurde versucht, die Demonstrationen zu blockieren. Das gelang vollständig aber nur am 1. Februar 2014, ansonsten konnten Verzögerungen verursacht werden. Die stark vertretene Polizei räumte den homophoben Demonstrationen immer wieder den Weg frei, wobei sie weder vor Gewalteininsatz noch vor massenhaften Festnahmen von Gegendemonstrant\_innen zurückschreckte.

### **Die «Hardliner des Herren»<sup>4</sup>**

Wer sich mit den Anti-Bildungsplan-Protesten in Stuttgart beschäftigt, die/der stößt schnell auf das Thema christlicher Fundamentalismus. Sowohl die InitiatorInnen der Online-Petition als auch des Straßenprotestes sowie offenbar auch die Mehrheit der DemonstrationsteilnehmerInnen kommen aus einem christlichen Kontext, der meist als fundamentalistisch bezeichnet werden kann. Oda Lambrecht und Christian Baars schreiben in ihrem Buch «Mission Gottesreich»:

**«Fundamentalisten halten ihre Form des Glaubens oder ihre Ideologie für die einzig richtige und einzig wahre. Andere Überzeugungen lehnen sie ab. Deshalb wollen sie ihren Glauben verbreiten – einige auch mit Gewalt.»<sup>5</sup>**

Wichtig ist, noch einmal nach Konfessionen zu unterscheiden. Christliche FundamentalistInnen protestantischer Konfession sind zu meist Evangelikale, eine Strömung, die sich selbst als theologisch konservative ProtestantInnen versteht. Neben «evangelikal» als Selbstbezeichnung wird auch die Bezeichnung «bibeltreu» verwendet. Obwohl «fundamentalistisch» ursprünglich eine positive Eigenbezeichnung von Evangelikalen in den Vereinigten Staaten war, wird diese Bezeichnung aufgrund ihrer negativen Konnotation heutzutage meist abgelehnt. Evangelikale lassen sich dem Protestantismus zurechnen, unterscheiden sich aber vom evangelischen Mainstream. Der Evangelikale Michael Diener antwortete 2011 auf die Frage «Was ist denn für Sie der Unterschied zwischen evangelikal und evangelisch?»:

**«Kennzeichnend für Evangelikale sind in meinen Augen das Verständnis der ganzen Heiligen Schrift als Wort Gottes, ein klares Bekenntnis zu Jesus Christus als Gottes Sohn und Erlöser der ganzen Welt, ein starkes missionarisches Anliegen, das sich auch in der Betonung von Bekehrung und Wiedergeburt zeigt, die aktive Teilhabe in einer Gemeinde sowie gemeinsame Überzeugungen in wichtigen ethischen Fragen.»<sup>6</sup>**

Christliche FundamentalistInnen katholischer Konfession können auch als katholische TraditionalistInnen bezeichnet werden. Sie verstehen sich meist selbst als authentische KatholikInnen und sind bis auf kleinere Abspaltungen (Sedivakantisten,<sup>7</sup> bis vor Kurzem auch die Piusbruderschaft) innerhalb der katholischen Kirche angesiedelt. Sie bezeichnen katholische FundamentalistInnen oft auch als «papsttreu». Das verdeutlicht, dass neben der Bibel die Päpste als weiteres Fundament fungieren. Es stellt sich die Frage, ob christliche FundamentalistInnen Teil der extremen Rechten sind. Auf jeden Fall

existieren personelle, organisatorische und inhaltliche Überschneidungen zwischen einer christlichen und einer extremen Rechten. Doch dürfen die Unterschiede nicht außer Acht gelassen werden. Das Christentum hat als Missionsreligion im Grunde einen universalen Charakter und richtet sich nicht an eine bestimmte Gruppe («Rasse», «Nation», «Volk»). Nichtsdestotrotz gab und gibt es immer wieder Verbindungen zwischen Christentum und nationalistischen Strömungen, so auch in der Geschichte Deutschlands, in der vor allem der Protestantismus anfällig für Nationalismus war. Ein völkischer Nationalismus unter christlichen FundamentalistInnen ist in Deutschland heutzutage offenbar nicht hegemonial. So plädieren viele Evangelikale offensiv für die Aufnahme christlicher Flüchtlinge aus dem Nahen Osten. Für sie sind die Angehörigen christlicher Minderheiten etwa aus Syrien «christliche Brüder und Schwestern». Nach den rassistisch-biologistischen, also völkischen, Vorstellungen etwa der NPD wären sie «Fremde», die nicht zum eigenen Kollektiv gehören. Trotzdem ist bei Evangelikalen ein ausgeprägter Nationalismus zu beobachten, etwa wenn zur Remissionierung Deutschlands («Deutschland braucht Jesus!») aufgerufen wird. Dieser christlich motivierte Nationalismus ist aber kaum völkisch geprägt, das heißt, «Deutsch-Sein» wird weniger mit «Weiß-Sein» und «Deutschstämmigkeit» verbunden.

Obwohl sich die christliche und die extreme Rechte in vielen Punkten einig sind (Abtreibung, Homosexualität, Antifeminismus, Feindbild links), ist unter christlichen FundamentalistInnen der völkische Nationalismus in der Regel gering ausgeprägt. Damit fehlt ein Grundelement extrem rechter Ideologie. Deswegen ist christlicher Fundamentalismus als eigenständiges Phänomen zu betrachten und auch gesondert zu benennen, etwa als christliche Rechte oder Rechtsklerikalismus.

## **Christlich-fundamentalistisch motivierte Homophobie: Jenseits von Barmherzigkeit und Nächstenliebe**

Mit Homo- und Transphobie ist die Abwertung und Anfeindung von als trans- oder homosexuell identifizierten Menschen als Gruppe oder als Individuen gemeint, dazu gehört auch die Ablehnung ihrer gesellschaftlichen Gleichbehandlung. Betroffen von Homo- und Transphobie ist eine Gruppe, die mit der Abkürzung LSBTTIQ (siehe Einleitung) umschrieben werden kann. Dabei wird nicht heterosexuelles Empfinden, Verlangen und Begehren von Homo- und Transphoben als «krank», «pervers», «unnatürlich», «Besessenheit» oder «gegen die göttliche Ordnung gerichtet» gekennzeichnet. In einem Aufruf zur Demonstration am 28. Juni 2014 hieß es, man sei gegen den Bildungsplan-Entwurf, «weil er gegen die Natur, gegen die Vernunft und gegen Gott ist».<sup>8</sup> Häufig bringen Homo- und Transphobe LSBTTIQ auch in Verbindung mit Pädophilie. So hieß es in einer Rede des Vorsitzenden des Forums Deutscher Katholiken, Professor Hubert Gindert, am 28. Juni 2014: «Heute Homo-Ehe, morgen vielleicht Vielweiberei, Inzest-Ehe oder Pädö-Ehe?»<sup>9</sup>

Das ist natürlich zweifelsohne eine Ignoranz des Unterschieds zwischen gegenseitigem und erwidertem Begehren und Lieben mündiger Menschen und einseitigem, krankhaftem Begehren, was nicht erwidert werden kann und beim Ausleben in sexualisierte Gewalt umschlägt. Homo- und Transphobie resultierten erkennbar aus heterosexistischen Normvorstellungen (Heteronormativität), in der man sich selbst als VertreterIn der «Normalität» und «Mitte der Gesellschaft» sieht. So hieß es am 28. Juni 2014 auf der Demonstration in Stuttgart: «Wir sind weder rechts noch extrem – wir sind die Mitte der Gesellschaft und die Stimme der ganz großen Mehrheit der Bevölkerung.»<sup>10</sup> Demzufolge wird «Familie»

immer nur heteronormativ verstanden, Regenbogenfamilien oder homosexuelle Eltern zählen nicht dazu. Die «Besorgten Eltern», so die Bezeichnung der Gruppe, die in Köln und anfangs auch in Stuttgart die Demonstrationen ausrichtete, sind in Wahrheit nur homophobe Hetero-Eltern, die sich als «Familienschützer» inszenieren.

Im Gegensatz zu Osteuropa, wo beispielsweise Christopher-Street-Day-Paraden oft von Allianzen aus Rechtsklerikalen und Rechtsradikalen tätlich angegriffen werden, wollen Homo- und Transphobie in West- und Mitteleuropa nicht als solche benannt werden. So heißt es auf der Internetseite der «Initiative Schützt unsere Kinder», die an den Demonstrationen in Stuttgart beteiligt war, ausdrücklich: «Wir haben nichts gegen homosexuelle Menschen. Aber sie sollten nicht versuchen, ihre Lebensweise als Normalität darzustellen.»<sup>11</sup>

Selbstverständlich ist die Kennzeichnung von Homosexualität als «Lebensweise» und ihre Ablehnung als Teil der Normalität auch eine Variante von Homophobie. Es wird ein bewusstes Missverständnis produziert, indem suggeriert wird, dass Homophobie lediglich den persönlichen Hass auf Homosexuelle meint. Dabei kann Homo- und Transphobie auch nur bedeuten, LSBTTIQ die gleichen Rechte zu verweigern wie Heterosexuellen. Die Diskriminierenden reagieren auch nicht selten mit einem Gegenvorwurf und sprechen von einer «Diskriminierung von Eltern». So hieß es in Stuttgart auf der Demonstration am 1. Februar 2014: «Wir fühlen uns als heterosexuelle Mehrheit diskriminiert. Eltern, hier geht es um Leben und Tod!» Dahinter steht ganz offenkundig die Angst, dass die eigene heterosexuelle Hegemonie verlorengeht. Das offene Auftreten von LSBTTIQ-Interessengruppen und ihr Engagement gegen Diskriminierung und für Gleichstellung werden inzwischen von homo- und transphoben Gruppen schnell als Verschwörung interpretiert. Da ist dann die Rede von einer «Homolobby» oder einer

«Genderlobby». Am 28. Juni 2014 sprach in Stuttgart ein Redner von einer «winzigen Minderheit»: «Hiermit möchte ich betonen [sic!] dass dieses [sic!] Lobby eine winzige Minderheit darstellt, die aber über einen großen Einfluß verfügt.»<sup>12</sup>

Zu einer theologisch begründeten Homophobie ist anzumerken, dass diese auf einer sehr selektiven Auswahl und Interpretation von Bibelstellen basiert. Andere Anweisungen im Alten oder Neuen Testament, etwa Gott ein Brandopfer zu bringen, werden gänzlich ignoriert. Die christliche Rechte fühlt sich aber offensichtlich auch zu einer rationaleren Argumentation genötigt. So erschien beispielsweise im christlichen Hänssler-Verlag mit Sitz in Stuttgart 1993 das Buch «Das Drama des gewöhnlichen Homosexuellen» von G.J.M. van den Aardweg. In diesem wird ernsthaft behauptet, Ursache für Homosexualität sei eine «schwere psychosexuelle Störung», und diese sei kurierbar mit einer Anti-Selbstmitleid-Therapie. Die Annahme der «Kurierbarkeit» von Homosexualität und damit auch ihre Einstufung als Krankheit hat zur Gründung von christlich motivierten «Umpolungsorganisationen» geführt. Diese versuchen den künstlich geschaffenen Widerspruch zwischen christlicher Religiosität und nicht heterosexuellen Empfinden und Begehren durch eine «Heilung» beziehungsweise durch eine «Therapie» aufzuheben.

Die Mehrzahl der so «therapierten» Personen leidet unter negativen und schädlichen Effekten wie Ängsten, sozialer Isolation, Depressionen oder sogar Selbstmordgedanken. In Deutschland gibt es solche «Umpolungsorganisationen» sowohl in der evangelischen Kirche (Weißes Kreuz e. V., Offensive Junger Christen e. V. in Kooperation mit dem Deutschen Institut für Jugend und Gesellschaft), unter Evangelikalen (Wüstenstrom e. V.) und katholischen TraditionalistInnen (z.B. Bund Katholischer Ärzte). Die beiden großen Landeskirchen haben ein gespaltenes Verhältnis zu solchen Grup-

pen. Besonders in der katholischen Kirche wird offene Homosexualität nicht toleriert, während sich die Leitung der evangelische Kirche dazu eher passiv verhält, sich aber immer wieder auch zu Zugeständnissen an den fundamentalistischen Flügel genötigt sieht.

Das Feindbild Homosexualität hat im christlichen Fundamentalismus zwei Funktionen. Zum einen gilt ganz speziell Homosexualität unter Berufung auf alttestamentarische Textstellen als Sünde, zum anderen gilt offene beziehungsweise normalisierte Homosexualität als Kennzeichen für Dekadenz und einen allgemeinen «Sittenverfall». Damit verbunden ist eine Agenda von christlich-konservativen Wertevorstellungen, die bis vor 50 oder 60 Jahren in Westdeutschland noch zum Mainstream gehörten, durch Modernisierung, Liberalisierung und Pluralisierung der Gesellschaft allmählich jedoch an Bedeutung verloren haben. Im Zentrum steht eine konservative Sexualethik beziehungsweise Sexualfeindlichkeit. Man wendet sich gegen Sexualkundeunterricht, Pornografie allgemein und eben auch gegen Homosexualität. In christlich-fundamentalistischen Kreisen herrscht eine lustfeindliche Erziehung vor. Das zeigt auch die Forderung nach Enthaltbarkeit («Kein Sex vor der Ehe!»). Dieser Kontrollwahn in Bezug auf Sexualität verweist einmal mehr auf den autoritären Charakter solcher Gruppen.

### **Protest online: Die Petition**

Bevor es zu den Protestdemonstrationen auf der Straße kam, gab es als Vorspiel eine Online-Petition. Anlass zu dieser war der Entwurf für einen neuen baden-württembergischen Lehrplan für die allgemeinbildenden Schulen, der ursprünglich 2015 in Kraft treten sollte und worin die «Akzeptanz sexueller Vielfalt» verankert werden sollte (vgl. hierzu ausführlich den Beitrag von Marcus Felix in dieser Broschüre). Diese angestrebte «Akzeptanz sexueller Vielfalt» soll es etwa Jugendlichen, die entdecken, dass sie nicht heterosexuell sind,

erleichtern, sich vor anderen zu outen. Der von einer homophoben Umwelt ausgehende Druck führt unter anderem zu einer erhöhten Selbstmordrate unter homosexuellen Jugendlichen. Dagegen wurde die Online-Petition «Kein Bildungsplan 2015 unter der Ideologie des Regenbogens» in Stellung gebracht. Im Petitionstext heißt es:

**«Aus der gleichen Würde jedes Menschen folgt noch nicht, dass jedes Verhalten als gleich gut und sinnvoll anzusehen ist. [...] Wir widersprechen den Plänen der Landtagsfraktion der Grünen, die Geschlechtererziehung aus dem Biologieunterricht in die sozialwissenschaftlichen Fächer zu verschieben, um so Sexualpolitik im Sinne der LSBTTIQ zu implementieren und die Geschlechter von Mann und Frau durch Gendertheorien infrage zu stellen.»**

Nach der Logik der InitiatorInnen der Petition ist nicht Homophobie, sondern Homosexualität schuld an den vielen Selbstmorden. Es ist die Rede von einer fehlenden «ethische[n] Reflexion der negativen Begleiterscheinungen eines LSBTTIQ-Lebensstils, wie die höhere Suizidgefährdung unter homosexuellen Jugendlichen, die erhöhte Anfälligkeit für Alkohol und Drogen, die auffällig hohe HIV-Infektionsrate bei homosexuellen Männern». Die Online-Petition lief vom 28. November 2013 bis zum 27. Januar 2014 und war aufgrund eines intensiven «viralen Marketings» (Nutzung von sozialen Netzwerken und Medien) recht erfolgreich. Am Ende kam die Petition auf knapp 200.000 Unterschriften, davon 82.000 aus Baden-Württemberg. So bildeten sich bereits online Querfronten gegen den Bildungsplan-Entwurf. Die Bewerbung der Petition erfolgte durch Rechtsklerikale, «MuslimhasserInnen», Neonazis, RechtspopulistInnen und Rechtskonservative.

Als Hauptinitiator der Petition gilt Gabriel Stängle aus Rohrdorf (Kreis Calw), ein Realschullehrer für Englisch, Geschichte sowie Erd-, Wirtschafts- und Gemeinschaftskunde

(EWG) an der Christiane-Herzog-Schule in Nagold, einer Kleinstadt 50 Kilometer südwestlich von Stuttgart gelegen. Stängle war auch Prädikant (Hilfsprediger) im Kirchenbezirk Nagold und im Realschullehrerverband Baden-Württemberg für das Referat Erziehung, Bildung und Schulpolitik zuständig, wobei er dieses Amt aufgrund seiner Beteiligung an der Online-Petition inzwischen aufgeben musste. Stängle hat die Petition offenbar jedoch nicht als Einzelperson initiiert. Er ist laut Presseberichten Mitglied in der christlichen Gemeinschaft Prisma-Gemeinschaft e. V. (Sitz: Mötzingen) aktiv, die nach Eigenangabe «bibelorientiert lebt». Aus derselben Gruppe kommt auch der Verantwortliche für die professionell aufgemachte Homepage für die Online-Petition. Zwar distanzieren sich die InitiatorInnen der Online-Petition anfangs von den Straßenprotesten, doch trugen deren Erfolg und die damit verbundene Öffentlichkeit ganz eindeutig zur Mobilisierung für diese bei.

### **Protest auf der Straße: Die Demonstrationen in Stuttgart**

Neben dem Erfolg der Online-Petition spielten die homophoben Massenproteste in Frankreich gegen die Einführung der Homo-Ehe eine wichtige Rolle. Am 7. November 2012 hatte das französische Kabinett einen Gesetzentwurf angenommen, der gleichgeschlechtliche Ehen ermöglichen sollte. Daraufhin entstand eine Massenbewegung aus Konservativen, extremen Rechten, katholischen FundamentalistInnen und andere Gruppen, die in Paris und anderen französischen Städten mehrere homophobe Demonstrationen organisierten, an der Hunderttausende teilnahmen. Weitere Demonstrationen ähnlicher Größenordnung folgten im Januar, Februar und März 2013. Diese Großdemonstrationen fanden unter dem Motto «La Manif Pour Tous» («Demo für alle») statt. Inzwischen haben sich in Frankreich mehrere Gruppen unter diesem Label gegründet.

Nachdem in Stuttgart aus der Demonstration der «Besorgten Eltern» eine «Demonstration für alle» geworden war, betonte man das große Vorbild aus Frankreich: «Die DEMO FÜR ALLE ist eine Idee aus Frankreich und hat dort als La Manif Pour Tous bereits mehr als 1,5 Millionen Menschen auf die Straße gebracht.»<sup>13</sup> VertreterInnen dieser Gruppen sprachen auch auf Demonstrationen in der Bundesrepublik, unter anderem am 22. März 2014 in Köln<sup>14</sup> und am 28. Juni 2014 in Stuttgart, wo Guillaume Got auftrat, der «Kordinator Deutschland» von «La Manif Pour Tous». Am 21. März sprach sogar Ludovine de la Rochère, die Präsidentin der Organisation «La Manif Pour Tous», in Stuttgart auf der «Demo für alle». Bei der Demonstration am 21. März 2015 konnte auch eine größere Gruppe französischsprachiger Personen beobachtet werden, ein Hinweis auf eine organisierte Anreise aus dem Nachbarland, mutmaßlich aus dem Umfeld von «La Manif Pour Tous».

Was sich in Stuttgart formierte, wurde in Antifa-Kreisen mit dem treffenden Label «gefährliche Allianzen» versehen, denn hier kamen erkennbar unterschiedliche rechte Strömungen und Gruppen zusammen, geeint durch ihre Homo- und Transphobie. Die meisten TeilnehmerInnen der Demonstrationen in Stuttgart dürften einen christlich-konservativen bis christlich-fundamentalistischen Hintergrund haben. So reagierten diese auf die Blockadeversuche von Antifa-Gruppen unter anderem mit dem lautstarken Singen von Kirchenliedern. Es nahmen auch erkennbar Mitglieder der Zeugen Jehovas, der Piusbruderschaft, die ihren Deutschlandsitz in Stuttgart hat, und Mitglieder evangelikaler Gruppen wie der «Glaubensgeneration Heilbronn» an den Protesten teil oder warben für eine Teilnahme. Auch Mitglieder rechtlastiger oder autoritärer Politsekte wie der Bürgerrechtsbewegung Solidarität (BüSo) oder der «12 Stämme» sollen mit von der Partie gewesen sein. Auffällig war darüber hinaus eine Betei-

ligung von Personen aus der russischsprachigen und der kroatischen Community. Auch die Ordner schienen zumindest bei den ersten fünf Demonstrationen mehrheitlich Personen gewesen zu sein, deren Muttersprache nicht Deutsch ist. Bereits bei der ersten Demonstration in Stuttgart am 1. Februar 2014 war eine «Migranten-und-Aussiedler-Partei» namens Einheit mit einem eigenen Stand vertreten, und auf der Demonstration vom 1. März 2014 hielt Alexej Tuschcherer von dieser Partei einen Redebeitrag.

Einen weiteren Hinweis auf die Zusammensetzung der Protestierenden lieferte ein Bericht im Holocaust-Leugner-Blatt *Stimme des Reiches* über ähnliche Mobilisierungen gegen den Sexualkundeunterricht an Schulen in Nordrhein-Westfalen: «Bisher haben in größerer Anzahl nur gläubige Baptisten unter den Rußlanddeutschen sich offen gegen diesen Gender-Mainstreaming-Unterricht gewehrt.»<sup>15</sup> Doch es waren nicht nur mutmaßlich russlanddeutsche BaptistInnen, sondern auch russisch-orthodoxe ChristInnen, die an den Demonstrationen teilnahmen. So sprachen sich sowohl die Russisch-Orthodoxe Jugend Stuttgart als auch die Russisch-Orthodoxe Kirche in Stuttgart gegen den Bildungsplan-Entwurf aus und mobilisierten auch zu den entsprechenden Demonstrationen. Am 19. Oktober 2014 trat Ilya Limberger, Priester der Russisch-Orthodoxen Kirche, als Redner auf der «Demo für alle» auf.

Am 28. Juni 2014 hielt sogar Köksal Eroglu als Vertreter der muslimischen M.I.H.R. Foundation (Zivilisation Wissen Wohltat Erhöhung) einen Redebeitrag. Offenbar wurde versucht, gezielt MigrantInnen mit rechtskonservativen Einstellungen anzusprechen, weil man in der Ablehnung des Bildungsplan-Entwurfs eine Interessensüberschneidung sah. In einer Rede am 28. Juni 2014 in Stuttgart hieß es, der Bildungsplan-Entwurf sei «ein Projekt, das zugunsten einer wurzellosen Minderheit allen wertverbundenen Einwandererfamilien eine

neue Sexualmoral aufzwingen will». <sup>16</sup> Der Auftritt eines Muslims am 28. Juni 2014 dürfte den DemonstrationsteilnehmerInnen aus dem antimuslimischen Spektrum nicht geschmeckt haben, etwa AnhängerInnen des extrem rechten Hetz-Blogs «PI-News», dessen Banner auf einigen der Stuttgarter Demonstrationen mitgeführt wurde. Doch waren die Fans dieses Blogs nicht die einzigen VertreterInnen aus dem extrem rechten Spektrum. Es marschierten erkennbar einzelne Mitglieder extrem rechter Gruppen und Parteien mit. Jedenfalls fanden sich im Internet Berichte über eine Teilnahme. Zu nennen wären NPD-Gliederungen, Mitglieder der Neonazi-Partei Die Rechte, Republikaner und AktivistInnen der extrem rechten Identitären Bewegung Deutschland. Am 21. März 2015 führte in Stuttgart eine kleine Gruppe anfangs auch die Fahne der antimuslimischen German Defence League mit sich. Die immer wieder von den Medien thematisierte Teilnahme eindeutig extrem rechter Organisationen führte offenbar dazu, dass die VeranstalterInnen am 28. Juni 2014 im Vorhinein einen «Demo-Knigge» veröffentlichten, der unter anderem das Tragen von Symbolen bestimmter Organisationen untersagte.

Neben der bereits erwähnten Kleinstpartei Einheit und den extrem rechten Parteien waren noch weitere Parteien und ihre VertreterInnen auf den Demonstrationen in Stuttgart präsent. Wenig verwunderlich ist die Teilnahme der beiden christlich-fundamentalistischen Kleinstparteien Partei Bibeltreuer Christen (PBC) und AUF – Partei für Arbeit, Umwelt und Familie, Christen für Deutschland. Am 5. April 2014 hielt Michael Ragg von der AUF-Partei auch einen Redebeitrag.

Stark beteiligt war auch der Landesverband der neu gegründeten «Alternative für Deutschland» (AfD). VertreterInnen dieser Partei hielten am 1. März, am 5. April und am 19. Oktober 2014 Redebeiträge. Am 28. Juni 2014 wurde in Stuttgart ein Grußwort des AfD-Landessprechers und -Europaabgeord-

neten Bernd Kölmel verlesen, in dem es unter anderem hieß: «Ihr Ziel ist unser Ziel.» <sup>17</sup>

Offenbar in Konkurrenz um rechtskonservative WählerInnen zur AfD bemühten sich auch Teile der CDU in Baden-Württemberg um eine Beteiligung an den Anti-Bildungsplan-Protesten. Die evangelischen Arbeitskreise der CDU-Kreisverbände Heilbronn, Rems-Murr, Karlsruhe-Land, Mannheim und Stuttgart sowie der Landesverband der CDU-internen Abtreibungs-Organisation «Christdemokraten für das Leben» waren bei den letzten Demonstrationen Mitglied im organisierenden «Bündnis Rettet die Familie». PolitikerInnen der CDU hielten am 1. März, am 5. April, am 28. Juni und am 19. Oktober 2014 Redebeiträge. Trotzdem scheint die CDU speziell in Stuttgart bezüglich der Kampagne gegen die Bildungsreform gespalten zu sein. Während der Kreisvorsitzende, ein geouteter Schwuler, mit seinem Partner am 1. Februar 2014 an einer Kundgebung gegen Homophobie teilnahm, trat sein Stellvertreter Karl-Christian Hausmann am 1. März 2014 auf der homophoben Demonstration auf. Hier scheint es einen Dissens zwischen dem modernen großstädtischen Flügel und dem rechtskonservativen Flügel zu geben. Von der FDP gab es lediglich am 5. April 2014 ein Grußwort von Hans-Ulrich Rülke, seit 2009 Vorsitzender der FDP/DVP-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg. Insgesamt lassen sich die Demonstrierenden mehrheitlich im Lager des christlichen Fundamentalismus und in sonstigen konservativen und extrem rechten Gruppierungen verorten, wobei Personen mit einem religiös-konservativen bis -fundamentalistischen Weltbild der Beobachtung nach dominierten.

### **Fazit: Eine «Demo für alle Homo- und Transphoben»**

Die Demonstrationen in Stuttgart stellen im Grunde zuerst einmal eine Reaktion auf etwas dar, nämlich den Bildungsplan-Entwurf. Sie sind somit eher eine Handlung aus der Defen-

sive heraus als ein offensiver Akt. Was Mitarbeiter\_innen des Antifaschistischen Pressearchivs und Bildungszentrums in Berlin (APABIZ) für die «1.000-Kreuz-Märsche», die sich gegen das Recht auf Schwangerschaftsabbrüche richten, festgestellt haben, gilt auch für die «Demos für alle»: Es wird recht erfolgreich in einem rechtsklerikalen Milieu mobilisiert, das heißt, die OrganisatorInnen haben es geschafft, eine gewisse Kampagnenfähigkeit innerhalb der eigenen Szene zu entwickeln.

Doch solange es ihnen nicht gelingt, eine größere Gruppe von Menschen über das eigene Milieu hinaus anzusprechen, besteht nicht die Gefahr eines generellen «Rollbacks» in der Gesellschaft. Trotzdem sind die Demonstrationen in Stuttgart Ausdruck eines neuen Trends, nämlich der Politisierung eines bisher eher unpolitischen Milieus. Christliche Rechte und FundamentalistInnen in Deutschland verlassen ihre Nischen und gehen auf die Straße. Das geschieht nicht nur im Rahmen der «Demos für alle», es ist auch bei den «1.000-Kreuz-Märschen» zu beobachten. Im Vergleich zu anderen Ländern ist die Beteiligung aber noch verhältnismäßig gering. In Baden-Württemberg herrschen noch keine «französischen Verhältnisse». Trotzdem haben es die DemonstrantInnen in Stuttgart zusammen mit der Online-Petition geschafft, ihre Position in die öffentliche Diskussion einzubringen. Auch die etablierte Politik sah sich offenbar genötigt zu reagieren. So traf sich Ministerpräsident Kretschmann mit den UrheberInnen der Online-Petition, und es wurden Veränderungen vorgenommen. Baden-Württemberg will nun den neuen Bildungsplan erst ein Jahr später einführen. Es besteht die Gefahr, dass in der Öffentlichkeit homo- und transphobe Positionen weiter als legitime Meinung ernst genommen und diskutiert werden.

Was ist zu tun? Die Sensibilität für Homo- und Transphobie sollte auch in der Erinnerungspo-

litik gestärkt werden. So ist es beschämend, dass es im Südwesten des Landes bisher keine Gedenkstätte für homosexuelle Opfer des Nationalsozialismus gibt. Zudem sollte das Thema christlicher Fundamentalismus mehr Aufmerksamkeit erfahren. Aber die Kritik an Homo- und Transphobie darf sich nicht auf bestimmte Milieus beschränken. Es sollte mehr Recherche und Analyse geben, was die Demonstrationen und die beteiligten Gruppen und Einzelpersonen angeht. Schließlich sei hier darauf hingewiesen, dass gegen bierernste und verkiffene Menschen mit einer konservativen Sexualmoral Humor und Zärtlichkeit (z.B. gleichgeschlechtliche Kiss-ins) schöne Mittel des kreativen Widerstands sind.

1 In Anlehnung an die Argumentation des Antifaschistischen Pressearchivs und Bildungszentrums Berlin e. V. (APABIZ) wird in diesem Beitrag unterschiedlich gegendert. Bei APABIZ e. V. heißt es: «Wir verwenden im monitor den Gender\_gap, wo eine Menge von all gender Menschen beschrieben wird. Bei den VertreterInnen der extremen Rechten und des christlichen Fundamentalismus benutzen wir das Binnen-I, da es in ihrem Selbstverständnis keine weiteren Geschlechter, sondern nur Männer und Frauen gibt. «Lebensschützer» oder «Lebensrechtler» ist die Selbstbezeichnung der Akteure, die wir ungedindert in Führungszeichen übernehmen.» 2 Zit. nach <http://charismatismus.wordpress.com/2014/03/01/stuttgart-ansprache-von-inge-thurkauf-pro-elternrecht-am-1-märz-2014/>. 3 Zit. nach Blech, Norbert; Beatrix von Storch: Ich organisiere die «Demos für alle», 10.2.2015, unter: [www.queer.de/detail.php?article\\_id=23190](http://www.queer.de/detail.php?article_id=23190). 4 Titel einer ARD-Reportage vom Juni 2007. 5 Lambrecht, Oda/Baars, Christian: Mission Gottesreich. Fundamentalistische Christen in Deutschland, Berlin 2009, S. 8f. 6 Michael Diener im Interview mit der Wochenzeitschrift «ideaSpektrum» vom September 2011, S. 19. 7 Sedisvakanz bezeichnet die Vakanz des Heiligen Stuhles (Papstamt). Sedisvakantisten vertreten die Auffassung, dass es zurzeit keinen rechtmäßigen Papst gibt. 8 Zit. nach <https://demofueralle.files.wordpress.com/2014/06/rede-von-hubert-gindert.pdf>. 9 Vgl. <http://zukunft-familie.org/erfolgreich-auch-im-regen-stuttgart-am-28-juni/>. 10 Christian Hausmann auf der «Demo für alle» vom 28.6.2014, zit. nach <https://demofueralle.files.wordpress.com/2014/06/rede-von-karl-christian-hausmann.pdf>. 11 Zit. nach <http://zukunft-familie.org/fragen-answers/>. 12 Guillaume Got auf der «Demo für alle» am 28.6.2014, zit. nach <https://demofueralle.files.wordpress.com/2014/06/rede-von-guillaume-got.pdf>. 13 Zit. nach <https://demofueralle.wordpress.com/eine-seite/wer-wir-sind/>. 14 Vgl. Bassin, Max: Europäische Rechte unterstützen die «Initiative Besorgte Eltern», 25.3.2014, unter: [http://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2014/03/25/europaische-rechte-unterstuetzen-initiative-besorgte-eltern\\_15457](http://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2014/03/25/europaische-rechte-unterstuetzen-initiative-besorgte-eltern_15457). 15 U.H.: Die Umerziehung der Umerzogenen, in: Stimme des Reiches, Nr. 2/2014, S. 1, unter: <http://stimme-des-reiches.de/2014/2-14.pdf>. 16 Zit. nach <http://zukunft-familie.org/erfolgreich-auch-im-regen-stuttgart-am-28-juni/>. 17 AfD unterstützt Kampf gegen bunte Bildungspläne, 29.6.2014, unter: [www.afd-goslar.de/2014/06/](http://www.afd-goslar.de/2014/06/).

Marcus Felix

## SELBSTBESTIMMUNG, TEILHABE UND RESPEKT

WORUM ES BEI DER BILDUNG UND ERZIEHUNG HINSICHTLICH GESCHLECHTLICHER UND SEXUELLER VIELFALT WIRKLICH GEHT. EINE GEWERKSCHAFTLICHE POSITION

### Wozu denn eine Bildungsreform?

Schulentwicklung ist ein unabgeschlossener Prozess, der auf veränderte Bildungsanforderungen und Sozialisationsbedingungen reagiert. Die Pluralisierung von Lebens- und Erziehungsentwürfen, die fortschreitende Demokratisierung, die wachsende Globalisierung und Interkulturalisierung der Gesellschaft sind Bedingungen, auf die das Bildungssystem reagieren muss. Kinder und Jugendliche wollen ihre Familienkonstellationen und Lebensentwürfe, ihre religiösen, geschlechtlichen oder sexuellen Ausdrucksweisen in den Themen, die im Erfahrungsraum Schule behandelt werden, wiederfinden. In ihrer Identitätsentwicklung dürfen sie nicht auf sich selbst gestellt sein, ebenso wenig darf der Prozess den Medien überlassen werden. Die Schule muss durch Wertschätzung und Respekt Schutz und Hilfestellungen bei der Erprobung von Lernen und Leben bieten. Zugleich müssen Lernende in die Lage versetzt werden, eigene Wertvorstellungen und Positionen zu hinterfragen, empathisch gegenüber anderen Auffassungen und Lebensweisen zu sein und eigene Bedürfnisse und Gefühle zu artikulieren. Nur so wird es Kindern und Jugendlichen ermöglicht, selbstbestimmt, reflektiert und gleichberechtigt an der Gesellschaft zu partizipieren. Mit der Bildungsplanreform zielte die baden-württembergische Landesregierung darauf ab, den sich ständig ändernden Ansprü-

chen an Bildung und der Heterogenität der Lernenden adäquat zu begegnen, um damit Bildung gerechter zu gestalten. Als im November 2013 ein Arbeitspapier des Beirats für den Bildungsplan öffentlich wurde, geschah dies, weil das verantwortliche Ministerium die Arbeit an diesem progressiven Projekt mög-

---

**«Toleranz sollte nur eine vorübergehende Besinnung sein: sie muß zur Anerkennung führen. Dulden heißt beleidigen.»**

Johann Wolfgang von Goethe

lichst offen und transparent gestalten wollte. An Bildung beteiligte und interessierte Personen sollten so die Möglichkeit der Partizipation erhalten und sachdienliche Impulse einbringen können. Umso überraschter schien die Landesregierung, als sich innerhalb kurzer Zeit eine Protestwelle gegen das veröffentlichte Arbeitspapier auftrat. Auf Unbehagen und Missverständnis stieß dabei vornehmlich der Stellenwert, den die Bildung und Erziehung hinsichtlich geschlechtlicher und sexueller Vielfalt einnahm.

Schon Ende 2013 wandte sich eine Online-Petition gegen eine vermeintliche «pädagogische, moralische und ideologische Umerziehung». Die reaktionäre Initiative «Besorgte Eltern» fürchtete eine «Frühsexualisierung» der Kinder. Bernd Saur, Chef des Philologenverbands Baden-Württemberg, warnte gar vor einer «Pornografisierung» der Schule. Diese lauten Gegenstimmen auf Demonstrationen,

in sozialen Netzwerken und in der Presse fallen oft durch Unsachlichkeit und hetzerische Rhetorik auf, die nichts mehr mit einer demokratischen Diskussionskultur zu tun haben. In den Protesten geht es oftmals nicht um die Bedürfnisse und Lebensrealitäten der Kinder und Jugendlichen, sondern darum, dass Menschen jenseits der Heteronorm nicht als gleichwertig anerkannt und (lustvolle Aspekte der) Sexualität tabuisiert werden sollen. Deshalb verurteilte die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) am 13. Dezember 2013 mit der Presseerklärung «Schule ist kein Ort für Fundamentalisten» die «völlig untauglichen und unqualifizierten Versuche von konservativer Seite, die Erziehung zur Akzeptanz und Toleranz insbesondere gegenüber sexueller Vielfalt in der Schule als Sexualisierung und sogar Pornographisierung zu diskreditieren».<sup>1</sup>

### **Was stand eigentlich in dem Arbeitspapier?**

Im Arbeitspapier der Bildungskommission vom 18. November 2013 wurden fünf *zukunftsorientierte Leitprinzipien* aufgelistet, die fachübergreifend in den neuen Bildungsplänen Geltung erlangen sollten: berufliche Orientierung, Bildung für nachhaltige Entwicklung, Medienbildung, Prävention und Gesundheitsförderung sowie Verbraucherbildung. Für jedes Leitprinzip wurden verbindliche Kompetenzen formuliert, die von der Primar- bis zur Sekundarstufe umgesetzt werden sollten. Angefügt wurde den einzelnen Leitprinzipien zudem die Forderung, bestimmte Aspekte «unter dem Gesichtspunkt der Akzeptanz sexueller Vielfalt» zu berücksichtigen. So wurde unter dem Leitprinzip «Bildung für nachhaltige Entwicklung» angegeben, dass Kinder und Jugendliche unter anderem «die verschiedenen Formen des Zusammenlebens von/mit LSBTTI-Menschen» kennen und respektieren sollten. Unter «Prävention und Gesundheitsförderung»

wurde die Kompetenzerwartung eingearbeitet, Lernende «kennen Lebenssituationen von LSBTTI-Menschen und setzen sich mit Menschenrechten und Diskriminierung auseinander». Teilkompetenzen der «Medienbildung» beinhalteten die Reflexion der «Darstellung von Geschlechterrollen und sexueller Vielfalt in Medien und Werbung», die Auseinandersetzung mit Menschenrechten, Diskriminierungen und Lebenssituationen von LSBTTI-Menschen sowie das Erkennen von «Gewalt- und Mobbing-situationen in digitalen Medien als Verletzung der Menschenrechte». «Schülerinnen und Schüler reflektieren ihre eigenen Bedürfnisse, ihr Körperbild, ihre sexuelle Orientierung und ihr Verhalten in Bezug auf die von der Umwelt geprägten Vorstellungen und treffen selbstbestimmte Konsumententscheidungen», hieß es unter dem Leitprinzip «Verbraucherbildung». Schließlich wurde im Rahmen der «beruflichen Orientierung» gefordert, Lernende sollen «einen vorurteilsfreien Umgang mit der eigenen und anderen sexuellen Identitäten» pflegen, «eine Sensibilität für Stereotype» sowie «begründete Werthaltungen» entwickeln.<sup>2</sup>

Selbst nach der Überarbeitung des Papiers legte sich der Protest nicht. Dabei nimmt die Akzeptanz sexueller Vielfalt inzwischen keine bedeutende Stellung mehr ein, viele Kompetenzforderungen wurden gestrichen, und die möglichen Inhalte werden ausdrücklich als Vorschläge und Anregungen begriffen. Die Leitprinzipien, die nun Leitperspektiven heißen, wurden umstrukturiert und die Bildungspläne wurden auf Impuls der GEW auf das Schuljahr 2016/17 verschoben. Das neue Konzept enthält nun drei allgemeine Leitperspektiven (Bildung für nachhaltige Entwicklung, Bildung für Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt, Prävention und Gesundheitsförderung) und drei themenspezifische Leitperspektiven (berufliche Orientierung, Medienbildung, Verbraucherbildung).<sup>3</sup>

## **Toleranzerziehung greift zu kurz**

Geschlechtliche und sexuelle Vielfalt nur unter der neuen Leitperspektive «Bildung für Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt» zu thematisieren, greift allerdings zu kurz. Das bedenkt die neue Arbeitsfassung nur in Ansätzen. «Duldung und Toleranz sind zu wenig»,<sup>4</sup> stellt GEW-Vorstandsmitglied Frauke Gützkow klar. Vielmehr geht es um Wertschätzung, um die Entdeckung des gemeinsam Möglichen bei Akzeptanz des Unterschiedlichen, die aus der Bereitschaft der Perspektivenübernahme und der Fähigkeit zur Empathie resultieren. Zudem müssen Kinder und Jugendliche lernen, Konflikte auszuhalten und die eigene Weltanschauung nicht als universellen Maßstab zu verstehen.

«Einigungen erfordern nicht einheitliche Interpretationen, Ziele und Vorgehensweisen, sondern vielmehr die Bereitschaft, die Position der jeweils anderen gelten zu lassen, ohne diese oder die eigene Position als Abweichung zu verstehen.»<sup>5</sup> Das formulierte die Pädagogin Gabriele Klein bereits 1987 bezüglich des gemeinsamen Lernens von behinderten und nicht behinderten Kindern. Plurale und individuelle Lebensentwürfe sind Bestandteile der real gelebten Vielfalt. Deshalb müssen Vielfaltskompetenzen auch unter dem Leitprinzip der «Bildung für nachhaltige Entwicklung» prominent aufgeführt werden. Darin sind sich auch die am Bildungsplan beteiligten Interessenvertretungen einig. Eltern- und Schülervertretungen sprachen sich schon früh für eine vielfältige Werte- und Sexualerziehung und eine fachübergreifende Berücksichtigung sexueller Vielfalt aus. Bereits in seiner Stellungnahme vom 16. Januar 2014 begrüßte der Landeselternbeirat «ausdrücklich, dass das Thema «Akzeptanz sexueller Vielfalt» fachübergreifend im neuen Bildungsplan vertreten ist». Es müsse Ziel und Aufgabe von Schule und Elternschaft sein, **«Kinder zur Toleranz und zum wertschätzenden Umgang miteinander zu erziehen.**

**Letztlich gilt es zu erkennen, dass eine Jede, ein Jeder von uns in vielen Hinsichten anders ist und dass es gerade diese Verschiedenheit ist, die die Vielfalt und den Reichtum unserer Gesellschaft und unserer Kultur ausmacht.»<sup>6</sup>**

Auch Christian Stärk, Vorsitzender des Landesschülerbeirates, stellt klar: «Wir unterstützen die Landesregierung in ihrem Vorhaben, mehr das Thema Homosexualität einzubringen, weil es auch schon jetzt kaum vorkommt.»<sup>7</sup> Andere Landesschülervertretungen, wie die in Rheinland-Pfalz, erklärten sich «solidarisch mit dem LSBR [Landesschülerbeirat] Baden-Württemberg, der den Bildungsplan 2015 nicht nur befürwortet, sondern ihn mitgestaltet hat».<sup>8</sup> Kinder, Jugendliche und Eltern wollen demnach ein möglichst breites Spektrum an Angeboten und Möglichkeiten in der schulischen Bildung. Die derzeitige Arbeitsfassung des Bildungsplans (vom 8. April 2014) greift diese Bedürfnisse zumindest unter den allgemeinen Leitperspektiven «Bildung für Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt sowie Prävention und Gesundheitsförderung» auf.

## **Was hat Sexualerziehung in der Schule zu suchen?**

Sexualerziehung ist ein integraler Bestandteil der schulischen Gesamterziehung. Mit seinem Urteil vom 21. Dezember 1977 stellte das Bundesverfassungsgericht (BVG) klar, «dass die Schule unabhängig von den Eltern eigene Erziehungsziele verfolgen dürfe, da der allgemeine Erziehungsauftrag der Schule dem Recht der Eltern nicht nach-, sondern gleichgeordnet sei».<sup>9</sup> Damit lieferte das BVG nicht nur nachträglich eine Gesetzesgrundlage für die seit den 1950er Jahren in den Ländern entwickelten Richtlinien zur Sexualerziehung. Das Urteil machte ebenso deutlich, dass Eltern durch die schulische Sexualerziehung nicht in ihrem Erziehungsrecht beschnitten werden.

Spätestens mit den «Empfehlungen zur geschlechtlichen Erziehung» in der Schule der Kultusminister-Konferenz von 1968 wurde die Erziehung zu verantwortlichem geschlechtlichen Verhalten als fachübergreifendes Unterrichtsprinzip und wichtiger Bestandteil der Persönlichkeitsbildung verstanden. Entgegen der landläufigen Vorstellung thematisiert Sexualerziehung nicht ausschließlich Geschlechtsverkehr, Schwangerschaftsverhütung und Prävention von Geschlechtskrankheiten. In erster Linie geht es darum, auf die Fragen und Unsicherheiten der Kinder und Jugendlichen altersgerecht einzugehen. Dazu gehören körperliche und seelische Vorgänge (etwa während der Pubertät), unterschiedliche geschlechtliche und sexuelle Gefühle und Erfahrungen. Die Auseinandersetzung mit dem eigenen Körper und Geschlecht, die Unterscheidung zwischen angenehmen und unangenehmen Gefühlen, die Entwicklung einer Sprache für körperliche und sexuelle Vorgänge sowie die Artikulation von Grenzen sollen den Lernenden zu einer verantwortungsvollen und selbstbestimmten Persönlichkeit verhelfen. Einige Kinder und Jugendliche erfahren gerade wegen ihrer sexuellen oder geschlechtlichen Empfindungen verbale und körperliche Gewalt. Gleichzeitig wird ihre Lebensweise in der Schule oft nicht erwähnt. Die Diskriminierungserfahrungen bleiben im Dunkeln. Das Unbekannte wird damit zu einem Nährboden für Vorurteile.

Laut einer Befragung von Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe und der Schulsozialarbeit zur Situation von lesbischen, schwulen und transgender Jugendlichen und Eltern in München von 2011 bezeichnen 90 Prozent der Fachkräfte den Lern- und Bildungsort Schule als unfreundlichen Ort für LSBT-Jugendliche. 60 Prozent der Schulsozialarbeiter\_innen würden homosexuellen Jugendlichen nicht raten, offen aufzutreten.<sup>10</sup> Eine Studie der Humboldt-Universität Berlin zur Akzeptanz sexueller Vielfalt an Berliner Schulen von

2012 deckte auf, dass bei über der Hälfte aller Schüler\_innen homophobes Verhalten verbreitet ist. Mehr als die Hälfte der Befragten gab an, in den letzten zwölf Monaten das Wort schwul oder Schwuchtel benutzt zu haben; etwa ein Drittel nutzte Lesbe als Schimpfwort. Jede/r zweite machte sich über vermeintlich geschlechtsnonkonformes Verhalten lustig.<sup>11</sup> Nicht zuletzt bemerkte der Bericht der Antidiskriminierungsstelle des Bundes von 2013, dass Kinder und Eltern aus Regenbogenfamilien bereits in der Grundschule Diskriminierungen erfahren.<sup>12</sup> Daher ist es unerlässlich, dass bereits in der Grundschule die Vielfalt an real gelebten Ausdrucks- und Liebesweisen thematisiert wird. Die Beschäftigung mit vielfältigen geschlechtlichen und sexuellen Ausdrücken und Beziehungsformen, individuellen und strukturellen Diskriminierungserfahrungen und positiven Aspekten real gelebter Sexualitäten spielen eine wichtige Rolle in der Sexualerziehung, die damit immer auch Antidiskriminierungsarbeit und Gewaltvorbeugung ist, denn sie bezweckt die Stärkung und Selbstbestimmung von Kindern und Jugendlichen. Aus diesem Grund begrüßt die GEW die Haltung des baden-württembergischen Kultusministers Andreas Stoch. Dieser sieht die verbindliche Thematisierung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt als unverzichtbar an.

### **Lehrende und Lernende brauchen Genderkompetenz**

Damit sich Kinder und Jugendliche jenseits von Schubladendenken selbstbewusst und gleichberechtigt entwickeln und alle Potenziale ausschöpfen können, ohne dass sie von Rollenerwartungen und Geschlechterstereotypen eingeschränkt werden, braucht es eine geschlechterkritische Bildung. Die Gleichstellung der Geschlechter ist nicht nur seit 1994 im Grundgesetz Artikel 3 verankert, 1997 ratifizierte Deutschland außerdem das Konzept zur Förderung der Geschlechtergleichstellung. Ziel des Gender Mainstreaming ist, so-

wohl gesellschaftliche Strukturen und Praktiken als auch das Verhältnis zwischen den Geschlechtern zu überdenken, um tief sitzenden und oft verborgenen Vorurteilen und Ungleichbehandlungen entgegenzutreten. Dazu benötigen Lernende und Lehrende Genderkompetenz. Das bedeutet zum einen das Wissen um soziokulturelle Vorstellungen von geschlechtsspezifischen Verhaltensweisen, Kompetenzen und Befugnissen und zum anderen die Fähigkeit, so damit umzugehen, dass Kindern und Jugendlichen neue und vielfältige Entwicklungsmöglichkeiten eröffnet werden. Aktuell zeigt der Bildungsbericht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD) vom März dieses Jahres, dass hier noch viel getan werden muss: Deutschland gehört zu den Ländern mit dem größten Geschlechtergefälle in der OECD, was die Einstellung der Geschlechter gegenüber Naturwissenschaften betrifft.

**«Im Schnitt kann sich weniger als eines von 20 Mädchen im Alter von 15 Jahren vorstellen, später in einem sogenannten MINT-Fach (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) zu arbeiten. Dieses Ergebnis ist erstaunlich, weil beide Geschlechter im PISA-Test Naturwissenschaften ähnliche Leistungen erbringen. Und es ist problematisch, weil es gerade die MINT-Berufe sind, die zu den bestbezahlten Karrieren führen. Gleichzeitig ist der Gehaltsunterschied zwischen Männern und Frauen in kaum einem OECD-Land so groß wie in Deutschland.»<sup>13</sup>**

Vorstellungen darüber, wie sich ein Geschlecht zu benehmen, was dieses zu benötigen hat, entnehmen wir gesellschaftlichen Normen und machen diese fest an Kleidung, Frisur, Gestik, Berufen oder Sprache. Abweichungen werden als Andersartigkeit gesehen – etwa wenn sich ein Kind nicht rollenkonform verhält. Relevant ist dabei auch die Auseinandersetzung mit hegemonialen Schönheitsidealen und ihren Folgen. So fühlt sich beinahe jedes zweite 15-jährige Mädchen zu dick und zeigt deshalb häufig «eine deutlich geringere Lebenszufriedenheit».<sup>14</sup>

Wenn Schule Kindern und Jugendlichen gestattet, ihre Identität frei von Normvorstellungen und Wertekorsetts zu entwickeln, beugt sie auch Gewalterfahrungen vor, etwa wenn das vermeintlich weibliche Verhalten eines Jungen zur Unterstellung führt, er sei schwul, einem Mädchen mit kurzen Haaren Weiblichkeit abgesprochen wird oder Trans-Menschen unterstellt wird, nicht wirklich den Erwartungen des empfundenen Geschlechtes zu entsprechen. In seiner Studie von 2003 zur Wirkungsweise von Geschlechterrollenstereotypen stellte Wassilis Kassis außerdem fest, dass Geschlechterrollen eine deutliche Belastung für die Entwicklung von Jungen darstellen.

**«Die dadurch aufgebauten Erwartungen, was ein richtiger Junge ist bzw. was ein Junge zu mögen hat, bewirken [...] nebst der weitgehend unhinterfragten Parteilichkeit für bestimmte Spiele und Freizeitbeschäftigungen [...] die Fixierung [...] auf**

---

**Wenn Schule Kindern und Jugendlichen gestattet, ihre Identität frei von Normvorstellungen und Wertekorsetts zu entwickeln, beugt sie auch Gewalterfahrungen vor, etwa wenn das vermeintlich weibliche Verhalten eines Jungen zur Unterstellung führt, er sei schwul, einem Mädchen mit kurzen Haaren Weiblichkeit abgesprochen wird oder Trans-Menschen unterstellt wird, nicht wirklich den Erwartungen des empfundenen Geschlechtes zu entsprechen.**

### eine körperlich-aggressive Abarbeitung sozialer Konflikte.»

Kassis dringt deshalb darauf, «Geschlechterrollenstereotype in der Schule, in der Gesellschaft allgemein, aber auch im Familienkontext zum Thema» zu machen, um «Jungen zu unterstützen, damit sie Entwicklungsaufgaben [...] nicht gewalttätig lösen müssen». <sup>15</sup> Mit Verweis auf die Menschenrechte begreift die GEW es als eine Aufgabe von Schule, alle Jungen und Mädchen, Trans- und Inter-Kinder sensibel in ihrer geschlechtlichen Sozialisation zu begleiten. «Auch deshalb mischen wir uns ein, wenn es um Bildungspläne, Qualitätsstandards, Richtlinien geht», <sup>16</sup> so Gützkow vom Vorstandsbereich Frauenpolitik. Geschlechterkritische Bildung zeigt, dass verschiedene Eigenschaften und Lebensweisen allen offen stehen und diese dabei nicht hierarchisiert werden müssen. Das führt zu einer angst- und gewaltfreien Lebens- und Lernatmosphäre für alle. Deshalb fordert die GEW die Berücksichtigung von Genderkompetenz in allen Leitperspektiven des Bildungsplans. Auf dem Gewerkschaftstag 2013 entschied sich die GEW für die Stärkung der professionellen Handlungskompetenz der Lehrkräfte durch die Vermittlung von Genderkompetenz als Schlüsselqualifikation in der Aus- und Weiterbildung und für den Abbau von Geschlechterstereotypen und Diskriminierung von sexuellen Identitäten in Unterrichtsmaterialien. <sup>17</sup> Zudem unterstützt die GEW ausdrücklich geschlechterreflektierte Jungen- und Mädchenarbeit.

**«Auch an den Themen Frieden, Toleranz und Akzeptanz von Unterschiedlichkeiten, Abbau von Diskriminierung und Chancengleichheit misst die GEW eine Landesre-**

**gierung», sagt Doro Moritz, Landesvorsitzende der GEW Baden-Württemberg. «Hier setzen die Landesregierung und die Regierungsfaktionen klare positive Zeichen.»<sup>18</sup>**

**1** Moritz, Doro: Starke Impulse für Frieden und Toleranz, in: b&w 11/2014, S. 3. **2** Arbeitspapier der Bildungsplankommissionen Baden-Württemberg vom 18.11.2013, unter: [www.kultusportal-bw.de/site/pbs-bw/get/documents/KULTUS.Dachmandant/KULTUS/kultusportal-bw/Bildungsplanreform/Arbeitspapier\\_Leitprinzipien.pdf](http://www.kultusportal-bw.de/site/pbs-bw/get/documents/KULTUS.Dachmandant/KULTUS/kultusportal-bw/Bildungsplanreform/Arbeitspapier_Leitprinzipien.pdf). **3** Arbeitspapier der Bildungsplankommissionen Baden-Württemberg vom 8.4.2014, unter: [www.km-bw.de/site/pbs-bw2/get/params\\_Datattachment/1845805/Arbeitspapier%2520Leitperspektiven.pdf](http://www.km-bw.de/site/pbs-bw2/get/params_Datattachment/1845805/Arbeitspapier%2520Leitperspektiven.pdf). **4** Gützkow, Frauke: Es geht um Wertschätzung!, in: b&w, 6/2014, S. 38. **5** Klein, Gabriele u.a.: Integrative Prozesse in Kindergartengruppen. Über die gemeinsame Erziehung von behinderten und nichtbehinderten Kindern, München 1987. **6** Stellungnahme des Landeselternbeirats Baden-Württemberg vom 16.1.2014, unter: [www.leb-bw.de/infosdownloads/cat\\_view/1-stellungnahmen/47-stellungnahmen-2014.html?start=30](http://www.leb-bw.de/infosdownloads/cat_view/1-stellungnahmen/47-stellungnahmen-2014.html?start=30). **7** Christian Stärk in der Sendung «Frontal 21» vom 28.1.2014. **8** Landesschülervertretung Rheinland-Pfalz solidarisiert sich mit Landesschülerbereits Baden-Württemberg, unter: [www.lsvrlp.de/de/article/3711.kein-bildungsplan-2015-ohne-toleranz-gegenueber-lsbttiq.html](http://www.lsvrlp.de/de/article/3711.kein-bildungsplan-2015-ohne-toleranz-gegenueber-lsbttiq.html). **9** BZgA (Hg.): Richtlinien und Lehrpläne zur Sexualerziehung, Köln 2004, S. 11. **10** Vgl. Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen München: Befragung von Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe zur Situation von lesbischen, schwulen und transgener Kindern, Jugendlichen und Eltern in München, München 2011, unter: [www.gleichgeschlechtliche-lebensweisen.hessen.de/global/show\\_document.asp?id=aaaaaaaaaaajjy](http://www.gleichgeschlechtliche-lebensweisen.hessen.de/global/show_document.asp?id=aaaaaaaaaaajjy). **11** Vgl. Klocke, Ulrich: Akzeptanz sexueller Vielfalt an Berliner Schulen. Eine Befragung zu Verhalten, Einstellungen und Wissen zu LSBT und deren Einflussvariablen, Berlin 2012, unter: [www.psychologie.hu-berlin.de/prof/org/download/klocke2012\\_1](http://www.psychologie.hu-berlin.de/prof/org/download/klocke2012_1). **12** Vgl. Antidiskriminierungsstelle des Bundes (Hg.): Diskriminierung im vorschulischen und schulischen Bereich. Eine sozial- und erziehungswissenschaftliche Bestandsaufnahme, Berlin 2013, unter: [www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/Expertise\\_Diskriminierung\\_im\\_vorschulischen\\_und\\_schulischen\\_Bereich.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/Expertise_Diskriminierung_im_vorschulischen_und_schulischen_Bereich.pdf?__blob=publicationFile). **13** OECD-Bildungsbericht vom März 2015, unter: [www.oecd.org/berlin/presse/gepraegte-verhaltensmuster-begrunden-unterschiedliche-leistungen-von-jungen-und-maedchen.htm](http://www.oecd.org/berlin/presse/gepraegte-verhaltensmuster-begrunden-unterschiedliche-leistungen-von-jungen-und-maedchen.htm). **14** Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz (Hg.): Gesundheits- und Lebenslagen 11- bis 15-jähriger Kinder und Jugendlicher in Hamburg, Hamburg 2012, unter: [www.child-public-health.org/deutsch/forschungsinhalte/hb-sc-1](http://www.child-public-health.org/deutsch/forschungsinhalte/hb-sc-1). **15** Kassis, Wassilis: Die Wirkungsweise von Geschlechterrollenstereotypen auf die Gewaltentwicklung männlicher Schüler, in: Schweizerische Zeitschrift für Bildungswissenschaften, 1/2003, S. 155. **16** Gützkow: Es geht um Wertschätzung!, S. 38. **17** Eine Studie der Max-Traeger-Stiftung im Auftrag der GEW von 2012 hatte gezeigt, dass Schulbüchern ihrem Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsauftrag nicht ausreichend nachkommen. Vgl. [www.gew.de/Binaries/Binary88533/Schulbuchanalyse\\_web.pdf](http://www.gew.de/Binaries/Binary88533/Schulbuchanalyse_web.pdf). **18** Moritz: Starke Impulse, S. 3.

Andreas Kemper

## CHRISTLICHER FUNDAMENTALISMUS UND NEOLIBERAL-NATIONALKONSERVATIVE IDEOLOGIE AM BEISPIEL DER «ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND»

### 1 Einleitung

Die «Alternative für Deutschland» (AfD) ist seit ihrer Gründung im Januar 2013 geprägt von Flügelkämpfen unterschiedlicher Strömungen, die die Interessen unterschiedlicher Klassenfraktionen vertreten. Entstanden ist die AfD in der Wirtschaftskrise, nachdem es hinsichtlich des Umgangs mit Griechenland widersprüchliche Forderungen gab. So stellten sich die Verbände der Familienunternehmen gegen die von dem mächtigen Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) geforderte Griechenlandpolitik, wie sie von der CDU umgesetzt wurde. Die neoliberalen Volkswirtschaftler, die beispielsweise den Thinktanks von «Die Familienunternehmer – ASU» nahestehen, schufen mit dem «Plenum der Ökonomen» und dem «Bündnis Bürgerwille» die Plattformen, die später die Grundlage für die Entstehung der AfD bildeten. Die relevante Klassenfraktion hinter den neoliberalen Volkswirtschaftlern könnte man «nicht-monopolistische Kapitalfraktion» nennen. Bekannte Namen sind hier Hans-Olaf Henkel, Bernd Lucke oder Wolfgang Starbatty. Auch der Landeschef der AfD in Baden-Württemberg, Bernd Kölmel, gehört zu dieser neoliberalen Strömung.

Noch von einer anderen Seite wurde die Gründung der AfD vorangetrieben. 2004 gründete sich die «Zivile Koalition» als Kampagnennetzwerk von Nachfahren des Adels. Dieses Kampagnennetzwerk wurde vom Ehepaar Beatrix und Sven von Storch aufgebaut und verfügt über einen Pool von Zehntausenden von E-Mail-Adressen und einem guten Dutzend

von Internetpräsenzen. Beatrix von Storch, geborene Beatrix «Herzogin» von Oldenburg, gehört zum sogenannten Hochadel und ist auch in diesem Milieu entsprechend vernetzt. Eine ihrer Internetpräsenzen ist «Demo für alle», mit der gleichnamigen Demonstrationen in Stuttgart organisiert werden (siehe hierzu den Beitrag von Lucius Teidelbaum in dieser Broschüre). Als zweite Klassenfraktion sind also die noch immer bestehenden Adelnetzwerke zu nennen, welche klerikal-aristokratische Interessen artikulieren.

Das Kleinbürgertum schließlich ist die dritte Klassenfraktion, die mit spezifischen Interessen in der AfD vertreten ist. Diese Strömung ist vor allem durch eine Abwehrhaltung gegen potenzielle Deklassierungen gekennzeichnet. In diesem nationalkonservativen Milieu finden sich Überschneidungen mit dem Spektrum der Pegida-DemonstrantInnen.

Allen drei Strömungen ist gemein, dass sie sich auf privilegiert-ungleichzeitige Klassenfraktionen beziehen. Die gemeinsame Klammer zwischen den drei Strömungen ist deren Befürwortung einer natürlichen Ordnung von sozialer Ungleichheit. Streitigkeiten gibt es eher über den Schwerpunkt, also ob es mehr Ungleichheit zwischen den Klassen (neoliberale Strömung), den Geschlechtern beziehungsweise geschlechtlichen Orientierungen (klerikal-aristokratische Strömung) oder zwischen Deutschen und AusländerInnen (nationalkonservative Strömung) geben sollte. Obschon alle drei Strömungen schwerpunktmäßig jeweils Ungleichheiten entlang der Masterkategorien *class*, *gender* und *race* verstärken beziehungsweise Gleichstellungen und Angleichungen

verhindern wollen, finden sich in allen Strömungen abgeschwächt auch Forderungen nach mehr Ungleichheit in den anderen Bereichen.

Für diesen Artikel ist relevant, dass sowohl aus den Familienunternehmensverbänden und den klerikal-aristokratischen als auch aus den nationalkonservativ-kleinbürgerlichen Klassenfraktionen Forderungen gegen den sogenannten Gender-Wahn erhoben werden. Auf diese Positionen wird im Folgenden genauer einzugehen sein. Entsprechend der Klassenfraktionen und Strömungen ist dieser Artikel in drei Abschnitte unterteilt.

Im ersten Abschnitt wird auf die neoliberalen Positionen eingegangen, die in den Thinktanks der Verbände von Familienunternehmen zur Geschlechterpolitik entwickelt werden. Der zweite Teil befasst sich mit klerikal-aristokratischen Netzwerken, die im Zuge der vom Vatikan ausgerufenen «Neuevangelisierung» Europas stärker geworden sind und international organisiert sind. Im letzten Teil werden die geschlechterpolitischen Forderungen des nationalkonservativen Kleinbürgertums beleuchtet, die inzwischen wieder – vor allem nach dem Bestsellererfolg von Sarrazins «Deutschland schafft sich ab» – von einer notwendigen «aktiven Bevölkerungspolitik» sprechen und derart gleichermaßen vor den «Gesellschaftsexperimenten von Gendermainstreaming und Multikulti» warnen. Institutionen wie der Bundesverband katholischer Unternehmer oder der Kongress christlicher Führungskräfte machen deutlich, dass Überschneidungen bestehen, die die hier zugrunde liegende Differenzierung als idealtypisch kennzeichnen.

## **2 Neoliberale Positionen: Familienunternehmen gegen Gleichstellungspolitik**

### **2.1 Die Familienunternehmer – ASU**

Bevor die AfD entstand, wurde versucht, die «Freien Wähler» als Bundespartei zu organisieren und als Interessenvertretung für Ver-

bände wie «Die Familienunternehmer» in den Bundestag zu bringen. So trat Stephan Werhan 2012 in die junge Bundespartei Die Freien Wähler (FW) ein und galt lange Zeit als der zukünftige Spitzenkandidat bei den Bundestagswahlen. Dieser Wechsel von der CDU in die FW geschah in Absprache mit dem Cousin des damaligen Präsidenten von Die Familienunternehmer, Patrick Adenauer. Während größere Konzerne inzwischen mit Diversity-Programmen arbeiten und in einer personellen Vielfalt der Belegschaft und der Führungsetagen durchaus ökonomisch verwertbare Vorteile sehen, wehren sich die Verbände von Familienunternehmen konsequent gegen Gleichstellungsmaßnahmen. So sprechen sie sich gegen eine Quotenpolitik aus, aber auch gegen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz.

### **2.2 Bundesverband katholischer Unternehmer**

Auf den ehemaligen Präsidenten des Bundesverbandes katholischer Unternehmer geht eine politische Idee zurück, die aktuell wieder bei der AfD Sachsen im Landeswahlprogramm zu finden ist: die Ersetzung des egalitären Kindergeldes durch eine einkommensabhängige «Kinderrente». Im Bund Katholischer Unternehmer gibt es einen Arbeitskreis zur Spiritualität, der vom Unternehmer Michael Bommers geleitet wird. Begleitet werden die Exkursionen dieses Arbeitskreises mitunter von den «Legionären Christi». Diesem katholischen Orden stellte Bommers auf seinem Grundstück in Düsseldorf Räumlichkeiten zur Verfügung. Und Bommers sprach auch bei der Einweihung des ersten Kindergartens von «Regnum Christi», der apostolischen Bewegung der «Legionäre». Der Kindergarten hat zudem eine großzügige Spende von einem nicht genannten Unternehmer erhalten.

### **2.3 Kongress christlicher Führungskräfte**

In Deutschland ist die Evangelische Nachrichtenagentur Idea eine relevante und bekannte

evangelikale Organisation. Diese Nachrichtenagentur begleitete sehr aufmerksam die Demonstrationen gegen den Bildungsplan in Stuttgart. Idea verlieh 2014 der antifeministischen Aktivistin Hedwig von Beverfoerde die Auszeichnung «Politische Christin des Jahres» für ihr erfolgreiches Engagement für die europäische «Lebensschutz»-Initiative «Einer von uns» und gegen den «Estrela-Bericht» im Europäischen Parlament.<sup>1</sup> Zu den Tagungen, die Idea erfolgreich durchführt, gehört der Kongress christlicher Führungskräfte mit bis zu 3.000 TeilnehmerInnen. Am Kongress 2015 in Hamburg nahm neben dem Bundesinnenminister auch der Oberbürgermeister von Hamburg teil. SprecherInnen während dieser Tagung waren neben dem in Stuttgart aktiven Ehepaar Birgit und Klaus Kelle auch die antifeministischen AfD-Politikerinnen Frauke Petry (zusammen mit Klaus Kelle) und Beatrix von Storch.

## **2.4 Bernd Luckes calvinistischer Neoliberalismus**

Die vorangegangenen Beispiele sollten deutlich gemacht haben, dass Kapitalinteressen keineswegs «blind» gegenüber geschlechterbezogenen Differenzen und keineswegs ausschließlich auf Profitmaximierung ausgelegt sind. Vielmehr gilt es, Unterschiede zwischen verschiedenen Kapitalfraktionen wahrzunehmen. Im Fall der AfD, die den Verbänden von Familienunternehmen nahe steht, ist deutlich zu erkennen, dass ein Eintreten für Kapitalinteressen und für eine klassisch-heteronormative Familienpolitik keine Gegensätze seien müssen.

Der AfD-Gründer und -Sprecher Bernd Lucke verkörpert diesen familialistischen Neoliberalismus. Zum einen war er der Mitinitiator des Hamburger Appells, in dem die Abschaffung der Sozialhilfe (Arbeitslosengeld, Frührente) gefordert wurde, damit Beschäftigte im Niedriglohnssektor noch weniger verdienen. Auf der anderen Seite ist er ein frommer Calvinist, der

keinen Sonntagsgottesdienst versäumt. Entsprechend kann er sich zum Outing eines prominenten schwulen Fußballspielers äußern und beklagen, dass er von diesem ein Bekenntnis zur klassischen Familie vermisst habe.

## **3 Klerikal-aristokratische Netzwerke: «Eine zweite EKD braucht niemand»**

Zentral für die klerikal-aristokratischen Netzwerke in der AfD ist Beatrix von Storch. Sie gründete 2004 mit dem Verein «Zivile Koalition» ein Kampagnennetzwerk, das aktuell auf einen Fundus von über Zehntausend E-Mail-Adressen und mehr als ein Dutzend Internetseiten zurückgreifen kann und darüber hinaus europaweit aktiv ist. Zudem konnte Beatrix von Storch als AfD-Abgeordnete im Europaparlament weiter an Einfluss gewinnen. Sie koordiniert für die drittgrößte Fraktion im Europaparlament, den Europäischen Konservativen und Reformern (ECR), die Geschlechterpolitik.

Bevor konkret auf dieses Netzwerk eingegangen wird, soll jedoch der Hintergrund untersucht werden, der zumindest für die europäische Vernetzung der «Zivilen Koalition» eine Rolle spielt.

### **3.1 «Neuevangelisierung»: Klerikale Netzwerke in Europa**

Wichtigste Grundlage für das zunehmende Auftreten klerikal-aristokratischer Netzwerke dürfte die zunächst von Papst Paul II. verkündete und dann von Papst Benedict XVI. institutionalisierte «Neuevangelisierung» Europas sein. Der Glaube an Gott habe sich demnach in Europa derart «verfinstert», dass eine neue Missionierung stattfinden müsse. Unter Benedict XVI. wurde der «Päpstliche Rat für Neuevangelisierung» geschaffen. Im Zusammenhang mit der Neuevangelisierung finden in europäischen Ländern Großdemonstrationen statt, die sich gegen emanzipatorische Bewegungen im Bereich der Geschlechterpolitik

richten.

So wurden die Großdemonstrationen 2008/09 «Jedes Leben zählt» in Madrid für scharfe Abtreibungsgesetze von Kardinälen angeführt. Und in Paris waren 2013 an den Großdemonstrationen der Bewegung «La Manif Pour Tous» (Demo für alle) ebenfalls katholische Geistliche in den ersten Reihen präsent. In Deutschland finden seit Frühjahr 2014 ebenfalls sogenannte Demos für alle statt. Diese werden zwar kontinuierlich durchgeführt, haben allerdings mit im Schnitt tausend Demonstrierenden längst nicht die Bedeutung der Demonstrationen von Paris. Die «Demos für alle» in Deutschland richten sich vorrangig gegen die Implementierung einer Sexualpädagogik der Vielfalt. Sie werden von zwei verschiedenen Trägern organisiert: den «Besorgten Eltern», einer evangelikalen Gruppierung, und in Stuttgart und Hannover von der «Zivilen Koalition» des Ehepaares von Storch.

Im Rahmen der Neuevangelisierung werden apostolische Gruppierungen und auf Missionierung ausgerichtete Orden wichtiger. So kam es unter Benedict XVI. zu einer Rehabilitierung der Pius-Brüderschaft (Civitas) und der Legionäre Christi/Regnum Christi. Und auch die ultrakatholische Gesellschaft zum Schutz von Tradition, Familie und Privateigentum (TFP) (Föderation pro Europa Christiania) gewann an Renommee. Es fällt auf, dass insbesondere Nachfahren des Adels mit diesen ultrakatholischen Organisationen zusammenarbeiten. Auf zwei dieser Gruppierungen, die TFP und die Legionäre/Regnum Christi, wird später noch einzugehen sein.

### 3.1.1 Evangelikale, US-amerikanische evangelikale, russische und russisch-orthodoxe antifeministische Netzwerke

Neben der im Zuge der vom Vatikan vorangetriebenen Neuevangelisierung spielen weitere Netzwerke für den organisierten Antifeminismus in Europa eine relevante Rolle. Zunächst sind hier die evangelikalen Gruppen zu nen-

nen, die unter anderem in der Evangelischen Allianz zusammengeschlossen sind. Die Petition gegen den «Bildungsplan 2015» und die Zusammenkünfte unter dem Label «Demo für alle» hatten ihre Ursprünge im starken pietistischen Milieu in Baden-Württemberg.

Es war ein evangelikaler Realschullehrer, Gabriel Stängle, der am 28. Dezember 2013 die Online-Petition «Kein Bildungsplan 2015 unter der Ideologie des Regenbogens» startete. Der Generalsekretär der Deutschen Evangelischen Allianz, Hartmut Steeb (Stuttgart), hat unmittelbar danach zur Unterstützung der Petition aufgerufen. Auch der Oberkirchenrat der Evangelischen Landeskirche in Baden-Württemberg vom Dezernat 2, Kirche und Bildung, Werner Baur, schloss sich umgehend der Petition gegen den Bildungsplan an. Des Weiteren sind die in den USA beheimateten evangelikalen Gruppierungen The Howard Centre for Family, Religion & Society zu nennen, welche die großen «Familienkongresse» (World Congress of Family) gestalten, und das American Centre for Law and Justice mit seinen europäischen Ablegern European Centre for Law and Justice sowie Slawian Centre for Law and Justice.

Zwischen diesen verschiedenen Gruppierungen scheint es hinsichtlich einer antifeministisch-familialistischen Ausrichtung keine großen Differenzen zu geben. Russisch-orthodoxe, US-amerikanische evangelikale und ultrakatholische Organisationen arbeiten quasi Hand in Hand. Auf zwei ultrakatholische Organisationen möchte ich hier konkreter eingehen. Von russischer Seite ist das in Paris beheimatete Institute de la Démocratie et de la Coopération zu nennen, in dem der Ideologe des französischen Front National, Aymeric Chauprade, mitarbeitete, und welches die Compact-Kongresse von Jürgen Elsässer mitorganisiert. Wichtig sind zudem Oligarchen wie Konstatin Malofeew (Stiftung Sankt Basilius der Große) und Ideologen wie Alexander Dugin, die beispielsweise bei einem

Geheimtreffen in Österreich im Juli 2014 mit Marine Le Pen (Front National), Aymeric Chau-prade (Front National), Prinz Sixtus Henri von Bourbon-Parma (Carlisten-Bewegung) und Hans-Christian Strache (FPÖ) zusammenka-men.

### 3.1.2 Gesellschaft zum Schutz von Tradition, Familie und Privateigentum

Die Gesellschaft zum Schutz von Tradition, Familie und Privateigentum (TFP) ist eine ultrakatholische Organisation, die in Brasilien als Gegenbewegung gegen den «Linkskatholizismus» beziehungsweise die «Theologie der Befreiung» gegründet wurde. TFP ist weltweit an der Organisation von «Märschen für das Leben» beteiligt und sammelte Anfang der 1990er Jahre fünf Millionen Unterschriften für die Loslösung Litauens von der Sowjetunion. Litauen führte als erstes europäisches Land ein Gesetz ein, welches aus angeblichen Jugendschutzgründen Propaganda für Homosexualität verbietet.

Die TFP tritt für die gesellschaftliche Rückkehr zur «katholischen Hierarchie» ein. Sie setzt sich gegen die «Gleichheits-Ideologie» ein, sei es die Gleichbehandlung von Unternehmern und Arbeitern, von Hand- und Kopfarbeit, von Frauen und Männern, von Homosexualität und Heterosexualität. Gott habe die Welt als ungleiche Welt geschaffen. «Wer Ungleichheit hasst, hasst Gott», liest man auf den Seiten der TFP. Man müsse aus Gründen der politischen Korrektheit heute sogar schon der Demokratie den Vorzug vor der Monarchie geben, beklagen sie. Paul von Oldenburg ist der europäische Vertreter der TFP beziehungsweise der Föderation pro Europa Christiania in Brüssel. Er ist der Cousin von Beatrix von Storch, und beide stehen politisch miteinander in Kontakt, was sich durch öffentlich einsehbare Facebook-Einträge belegen lässt. Als beispielsweise die päpstliche Synode darüber diskutierte, Homosexualität stärker anzuerkennen, postete Paul [von] Oldenburg auf

seiner Facebook-Seite: «Fatima bete für uns», und seine evangelische Cousine Beatrix von Storch pflichtete ihm bei: «Eine zweite EKD braucht niemand.» Paul von Oldenburg sieht im Adel besondere Qualitäten, die diesen für Führungsaufgaben prädestinierten, insbesondere habe der Adel Verantwortung hinsichtlich familiärer Werte zu übernehmen.

In Deutschland wird die TFP vor allem von Mathias von Gersdorff vertreten. Er tat sich in den letzten Jahren mit Agitationen gegen das Jugendmagazin *Bravo* hervor. Von ihm finden sich Artikel in der *Freien Welt*, die auch Interviews mit ihm durchgeführt hat. Mathias von Gersdorff engagiert sich für die «Demos für alle» in Stuttgart. Auf der Leipziger Buchmesse 2015 stellte er sein neuestes Buch «Ehe und Familie im Sperrfeuer revolutionärer Angriffe» vor, in dem er gegen die «Gender-Ideologie» wettert und sich unter anderem beschwert, dass sich Schulen in Baden-Württemberg nun nach dem Bildungsplan richten müssten.

### 3.1.3 Legionäre Christi

Die «Legionäre Christi» sind seit der Ausrufung der Neuevangelisierung Europas im Vatikan als Vorfeldorganisation gefragt. Sie fielen etwas in Ungnade, als bekannt wurde, dass der Gründer der Legionäre mehrfach Jungen aus dem Knabenseminar sexuell missbraucht hatte. Mit Michael Bommers und den Regnum Christi verbandelt ist das Ehepaar Birgit und Klaus Kelle. Viele von Birgit und Klaus Kelles Artikel finden sich auf der Online-Seite von Freie Welt.net, das zum Kampagnennetzwerk der AfD-Politikerin Beatrix von Storch gehört. Klaus Kelle moderierte zur Vorbereitung der «Demo für alle» im Oktober 2014 in Stuttgart eine Diskussion unter anderem mit Michaela Heereman. Michaela Heereman sitzt im päpstlichen «Rat der Familie». Ihr Ehemann Johannes Heereman ist Vorsitzender von «Kirche in Not», welche die Internetseite kath.net großzügig finanziell unterstützt. Auf der Seite kath.net findet sich sehr domi-

nant Werbung für Regnum Christi. Michaela Heeremans Sohn Sylvester Heereman leitet die Belange der Legionäre Christi in Europa, kurzzeitig war er Interimschef der Legionäre Christi weltweit. Die Legionäre Christi wurden in Mexiko gegründet, dort werden sie aufgrund ihres finanziellen Vermögens und ihrer Fähigkeit, sich mit reichen Unternehmern gut zu stellen, auch «Millionäre Christi» genannt. Sie pflegen eine Pädagogik der Heiligenverehrung und der Beichte, Kinder sollen sich «zum Geschenk machen».

### 3.2 Klerikal-aristokratische Netzwerke in der AfD

#### 3.2.1 Zivile Koalition e. V.

Nach der Übernahme des ehemaligen Gebiets der DDR durch die BRD erhobene Organisationen wie der «Göttinger Arbeitskreis» oder «Heimatverdrängtes Landvolk» Anspruch auf Güter und Ländereien in der ehemaligen DDR. 2005 wurde aus den Reihen des Göttinger Arbeitskreises der Verein «Zivile Koalition» als Kern eines Kampagnennetzwerkes gegründet. In der AfD vertritt dieses Kampagnennetzwerk klerikal-aristokratische Interessen. Die Zivile Koalition e. V. verfügte von Beginn an über viele E-Mail-Adressen von Menschen mit konservativer Gesinnung. Mithilfe von einer Reihe von Internetpräsenzen (wie zum Beispiel Freie Welt, AbgeordnetenCheck, Familien-Schutz.de –Hedwig von Beverfoerde, Demo für alle oder BürgerKonvent) versucht die Zivile Koalition Druck auf PolitikerInnen auszuüben.

#### 3.2.2 Die von Oldenburgs – ein monarchistisches Familiennetzwerk?

Beatrix von Storch wird auf ihren Vortragsreisen oft von ihrem Vater Huno von Oldenburg begleitet. Ihre Familie scheint eine politische Organisation zu sein, zu deren Politik auch das ständische Heiraten gehört. So haben ihre Cousinen, die Töchter von Johann von Oldenburg, mit denen sie zusammen in Kisdorf auf-

gewachsen ist, versucht, in die europäischen Königshäuser einzuheiraten. Während Tatjana von Oldenburg daran scheiterte, den «Thronfolger» von Frankreich zu ehelichen, war ihre Schwester Eilika von Oldenburg erfolgreicher: Sie heiratete Georg Habsburg. Während dies formal politisch wenig interessant erscheint, sollte allerdings zur Kenntnis genommen werden, dass der Papst seinerzeit zur Hochzeit gratulierte und dass die Cousine von Beatrix von Storch in aristokratischen Kreisen mit «Eilika von Österreich» angesprochen wird.

Durch die weiter zurückliegende Heirat ihres Onkels Friedrich-August von Oldenburg mit Marie-Cäcilia von Preußen ist Beatrix von Storch auch mit dem potenziellen deutschen Thronfolger verwandt, dem Nachfahren des letzten Kaisers Wilhelm II.: Philip Kiril von Preußen. Phillip von Preußen ist Pastor und Monarchist. Zusammen mit seiner Cousine Beatrix von Storch sprach er auf einer klerikalen Veranstaltung im Vorfeld vom «Marsch für das Leben» 2014 in Berlin. Ein weiterer Cousin ist Paul «Herzog» von Oldenburg, der in Brüssel für die oben bereits erwähnte Gesellschaft zum Schutz für Familie, Tradition und Privateigentum arbeitet. Beatrix von Storch arbeitet mit ihm zusammen, was sich beispielsweise an ihren Facebook-Beziehungen erkennen lässt.

#### 3.2.3 Pforzheimer Kreis: Kampagnen gegen «Gender-Ideologie» und Abtreibungskliniken

Als dezidiert christlich-fundamentalistische Gruppe gilt der «Pforzheimer Kreis» beziehungsweise der Arbeitskreis «Christen in der AfD». Mit den GründerInnen dieses Arbeitskreises, Martina und Volker Kempf, steht Beatrix von Storch in engem Kontakt. Gegründet wurde Christen in der AfD im August 2013 in Baden-Baden. Martina Kempf ist im Bundesvorstand der «Aktion Lebensrecht für alle», Volker Kempf hat eine wohlwollende Biografie über die «führende Homophobe» Christa Me-

ves verfasst. Ansprechpartner von Christen in der AfD ist Jan Czada. Er rief während der Gründung der AfD im Januar 2013 rechtspopulistische Parteien dazu auf, zugunsten der AfD auf eine Kandidatur zu verzichten. Nach einem Treffen dieses Arbeitskreises wird diese Gruppe auch Pforzheimer Kreis genannt. Der Pforzheimer Kreis hatte am 4. März 2014 die «Petition gegen die Umsetzung der Gender-Ideologie in Gesetzesvorhaben und Vorschriften» gestartet, die jedoch nicht erfolgreich war. Aktuell fallen sie mit Aktionen gegen einen Arzt in Stuttgart auf, der Abtreibungen durchführt. An einer Demonstration in Stuttgart beteiligten sich neben dem Pforzheimer Kreis der «Lebensschützer» Klaus Günter Annen («Babycaust»), der Zusammenschluss «Christdemokraten für das Leben» und Stadträte der AfD aus Stuttgart.

## **4 Nationalkonservatives Kleinbürgertum: «Kinder von den Richtigen»**

### **4.1 Die Maskulinisten**

Der Maskulismus ist eine moderne Erscheinungsform des Maskulinismus aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Während der frühere Maskulinismus offen Maßnahmen gegen feministische Bestrebungen, die Vorherrschaft des Mannes und von Männlichkeit zu brechen, einforderte und entsprechend in den letzten Jahren an Renommee verlor, handelt es sich beim aktuellen Maskulismus um eine Opferideologie, die behauptet, Männer seien heute Leidtragende eines übermächtigen Staatsfeminismus. In Deutschland entstand die Ideologie des Maskulinismus parallel zur sogenannten Männerrechtsbewegung, die die Handlungsfelder und Themen der zuvor entstandenen «Vaterrechtsbewegung» erweiterte und antifeministisch radikalisierte. Oftmals liegen dem persönliche Erfahrungen (Scheidungen, Unterhaltszahlungen etc.) zugrunde. Mitunter wird gar vor der Ehe gewarnt und empfohlen, generell sozial verbindliche Kontakte zu Frau-

en abzurechnen. Diese Form von Maskulinismus stellt somit eine modernisierte Form des Antifeminismus dar, die mit dem familiär ausgerichteten Antifeminismus (antifeministischer Familialismus) nicht zu vereinbaren ist.

Im Gegensatz zur eher profeministisch ausgerichteten Männerbewegung ist die Männerrechtsbewegung vorwiegend ein Internetphänomen. Obschon der Hauptprotagonist der deutschsprachigen Männerrechtsbewegung, Arne Hoffmann, sich selbst als links bezeichnet, worüber man aus inhaltlichen Gründen aber auch aus Gründen seiner Publikationen (in Zeitungen wie *Junge Freiheit*, *Freie Welt*) geteilter Meinung sein kann, ist der Mainstream der Männerrechtsbewegung im rechten beziehungsweise rechtsextremen Spektrum (Wgvd.com/Wikimannia) aktiv. Unterstützung erhält der Maskulinismus von einer Reihe antifeministischer Journalisten oder auch bekannter Blogger wie beispielsweise Akif Pirinçci. Es ist erstaunlich, dass trotz der «deftigen» und oftmals bewusst beleidigenden sexualisierten Beiträge von Akif Pirinçci auf seiner Facebook-Seite diese von fundamentalistisch-christlichen AntifeministInnen unterstützt werden, die beispielsweise voreheliche Sexualität kategorisch ablehnen. Pirinçci macht hingegen aus seinen Bordellbesuchen und seinem Markenzeichen, dem Schwärmen für «einundzwanzigjährige Kunststudentinnen», keinen Hehl. Dies zeigt, wie stark die antifeministische Klammer zwischen familialistisch-klerikalen und maskulinistisch-antifamiliären Strömungen ist.

### **4.2 Realpolitischer Nationalkonservatismus und fundamentalistische Neue Rechte: Geschlechterpolitik als Bevölkerungspolitik**

Der Nationalkonservatismus der AfD kann unterschieden werden in eine realpolitische und eine fundamentalistische Ausrichtung. Diese Differenzierung folgt der Teilung der Neue Rechten in einen konservativ (z.B. Jun-

ge Freiheit, Dieter Stein) und einem neurechts (z.B. Sezession, Götz Kubitschek) auftretenden Flügel. Innerhalb der AfD wird der realpolitische Flügel von der Fünferbande Konrad Adam, Alexander Gauland, Frauke Petry, Marcus Pretzell und Beatrix von Storch vertreten. Für die fundamentalistische Neue Rechte stehen Björn Höcke (Landesfraktionschef Thüringen), Hans-Thomas Tillschneider (Patriotische Plattform) und Markus Frohnmaier (Junge Alternative Baden-Württemberg). Die Geschlechterpolitik dieser Strömung ist geprägt durch eine bevölkerungsbiologische Sichtweise, wonach ein demografischer Wandel nicht durch Einwanderung, sondern nur durch eine höhere Geburtenrate Deutscher erreicht werden soll. Daher propagieren Frauke Petry und Björn Höcke eine Drei-Kinder-Familienpolitik. Die Familienpolitik der AfD ist allerdings nicht familienfreundlich. So spricht sich die AfD gegen Kindergeld für Nichtdeutsche und gegen Familiennachzug aus. Die AfD sieht die Familie in erster Linie als «funktionierende» und heteronormative Familie – Alleinerziehende oder Regenbogenfamilien spielen keine große Rolle oder werden gar nicht als Familien anerkannt. Das von der AfD geforderte Familienwahlrecht zielt weniger auf die Verwirklichung von Kinderrechten ab, vielmehr wird es als Gegengewicht zur sogenannten «Rentnerdemokratie» (Roman Herzog) betrachtet. Konzeptionen wie Familiensplitting und vor allem das aus der Mottenkiste der katholischen Unternehmer gezauberte Kinderrentenmodell privilegieren gut verdienende und benachteiligen schlecht verdienende Familien.

Die fundamentalistische Neue Rechte tritt deutlich aggressiver auf als die realpolitischen

Nationalkonservativen. So «verspricht» Björn Höcke, die «Geisteskrankheit Gendermainstream» aus den Schulen und Universitäten zu «vertreiben». Er stellt dem «dekadenten Gendermainstream» eine «natürliche Geschlechterordnung» gegenüber, nennt die Sexualpädagogik des «roten Blocks» (Grüne, SPD und LINKE) «pervers» und unterscheidet homose-

---

**Bei der AfD lassen sich verschiedene Verbindungen zwischen christlich-fundamentalistischen antifeministischen und neoliberalen sowie nationalkonservativen Ideologien aufzeigen. Die AfD verfügt über neoliberale, christlich-fundamentalistische und nationalkonservative Flügel, die Interessen unterschiedlicher Klassenfraktionen abbilden.**

xuelle Paare von heterosexuellen Paaren, indem er behauptet, die Ersteren würden sich über Sex definieren, Letztere hingegen stünden für die «erlebte Polarität des Lebens» als «Keimzelle der Höherentwicklung des Menschen». Zwischen den geschlechterpolitischen Positionen von Björn Höcke und rechts-extremen Positionen, wie sie beispielsweise die NPD zur Geschlechterfrage vertritt, lassen sich kaum Unterschiede finden.

### **Fazit**

Am Beispiel der AfD lassen sich verschiedene Verbindungen zwischen christlich-fundamentalistischen, antifeministischen und neoliberalen sowie nationalkonservativen Ideologien aufzeigen. Die AfD verfügt über neoliberale, christlich-fundamentalistische und nationalkonservative Flügel, die Partialinteressen unterschiedlicher Klassenfraktionen abbilden. Während der Unternehmensflügel in der AfD Maßnahmen des Gender-Mainstreamings aus finanziellen Gründen ablehnt, aber auch Verbindungen zu katholischen und evangelikalischen Unternehmerorganisationen unterhält, finden sich im nationalkonserva-

tiv-kleinbürgerlichen Spektrum vorwiegend bevölkerungsbiologisch begründete Ablehnungen des Gender-Mainstreamings, die sich – siehe Björn Höcke – ideologisch kaum von entsprechenden NPD-Konzepten unterscheiden. Die politisch wirksamste christlich-fundamentalistische Kraft in der AfD ist das klerikal-aristokratische Netzwerk Zivile Koalition von Beatrix von Storch.

Untersuchungen zu antifeministischen Netzwerken stellten in den letzten Jahren fest, dass diese durch die Klammer eines gemeinsamen Gegners «Feminismus» beziehungsweise «Genderismus» zusammengehalten werden, dass aber sehr schnell Streit unter den Akteuren ausbricht, wenn diese sich nicht am Gegner abarbeiten, sondern positiv eigene Ziele formulieren müssen. Trotz dieser Differenzen scheint es allerdings einen gemeinsamen konservativen Wertehorizont zu geben. So ließ

der Landeschef der AfD Baden-Württemberg, Bernd Kölmel, am 23. März 2015 während einer «Demo für alle» in Stuttgart verkünden, dass Ziel dieser Demo sei auch das Ziel der AfD. Und Ende März teilte er in einer Videobotschaft mit: «Wir stellen uns gegen die Gesellschaftsexperimente der letzten Jahrzehnte, vom übertriebenen Multikulti bis zum Gendermainstreaming.» Es wird sich zeigen, ob diese antifeministische Klammer um Aspekte der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit erweitert werden kann und beispielsweise langfristig eine Verschmelzung der gar nicht mehr so unterschiedlichen Ziele der «Demos für alle» und Pegida zustande kommt.

<sup>1</sup> Dieser Bericht zum Schutz sexueller und reproduktiver Gesundheit, der darauf abzielt, die Rechte von Frauen und sexuellen Minderheiten zu stärken, ist nach seiner Verfasserin Edite Estrela, einer portugiesischen Sozialistin, benannt. Er wurde zweimal im Europaparlament abgelehnt.

### Weiterführende Literatur

**Kemper, Andreas:** (R)echte Kerle. Zur Kumpanei der MännerRECHTSbewegung, Münster 2011.

**Kemper, Andreas (Hg.):** Die Maskulisten. Organisierter Antifeminismus im deutschsprachigen Raum, Münster 2012.

**Kemper, Andreas:** Rechte Euro-Rebellion. Alternative für Deutschland. Zivile Koalition e. V., Münster 2013.

**Kemper, Andreas:** Keimzelle der Nation? Familien- und geschlechterpolitische Positionen der AfD – eine Expertise, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2014, unter: <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/10641.pdf>.

**Kemper, Andreas:** Klerikal-aristokratische Vernetzung in der Alternative für Deutschland (AfD), in: MIZ – Materialien und Informationen zur Zeit. Politisches Magazin für Konfessionslose und AtheistINNen, 4/14, unter: [www.miz-online.de/node/450](http://www.miz-online.de/node/450).

**Kemper, Andreas:** Keimzelle der Nation – Teil 2: Wie sich in Europa Parteien und Bewegungen gegen Toleranz, Vielfalt und eine progressive Geschlechter- und Familienpolitik radikalisieren, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2014, unter: <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/11163.pdf>.

Ingar Solty

## **ÖFFENTLICHE SCHULBILDUNG, SEXUALERZIEHUNG UND RECHTER WIDERSTAND GEGEN KULTURELLE LIBERALISIERUNG**

**LASSEN SICH DIE BEWEGUNG GEGEN DEN BILDUNGSPLAN 2015 IN BADEN-WÜRTTEMBERG UND DIE BEWEGUNG GEGEN DIE «COMMON CORE STATE STANDARDS INITIATIVE» IN DEN USA VERGLEICHEN?**

### **1 US-Hegemonie: Beeinflusst die starke US-Rechte Diskurse in Deutschland und Westeuropa?**

Die USA werden häufig als «The Right Nation» bezeichnet. Damit ist gemeint, dass sie im Hinblick auf das politische Spektrum als Gesellschaftsformation im Durchschnitt eher weiter rechts stehen als andere. Nicht nur im Alltagsverstand, auch unter kritischen Wissenschaftlern ist es ein (allerdings kritikwürdiger) Gemeinplatz, dass der linke Flügel der Demokraten in etwa der Mitte der CDU entspricht. Tatsächlich kennzeichnet die Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft in den USA eine Art «Sonderweg»: Die Entfaltung des Klassengegensatzes hat im Zuge der kapitalistischen Entwicklung im Unterschied zu allen anderen entwickelten Industriestaaten nicht zum nachhaltigen Aufstieg und zur Etablierung von sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitermassenparteien geführt. Stattdessen wird das Parteiensystem seit dem Ende des Amerikanischen Bürgerkriegs von zwei bürgerlichen Parteien dominiert – Republikaner und Demokraten eben. Und es gelang den linken Arbeiterbewegungsparteien nicht, dieses Duopol zu brechen. Das drückt sich auch sprachlich aus: Links ist heute «liberal», rechts ist «conservative». «Socialists» gibt es – laut Alltagsverstand – nur in Europa; und die moderate neo-liberale Politik von Präsident Barack Obama wird von rechtsaußen schon als sozialistisch

und marxistisch inspiriert beschimpft. Nicht immer, aber immer wieder ist dies gemeint, wenn vom «amerikanischen Exzeptionalismus» die Rede ist.

Warum sollten uns die USA also, wenn sie doch so «außergewöhnlich» sind, jenseits von weltwirtschaftlichen Verflechtungen und Fragen der Außenpolitik interessieren? Welchen Nutzen hat es, sich die innere gesellschaftspolitische Debatte anzuschauen, wenn man sich mit Fragen der politischen Rechten in Deutschland beschäftigt? Ist die politische Rechte in den USA mit ihrem stark christlich-fundamentalistischen Einschlag einerseits und ihrem sehr spezifischen und scheinbar unübertragbaren rechtslibertären Gedankengut andererseits nicht ein Produkt sui generis, das zwar politologische Vergleiche, aber kaum Rückschlüsse auf hiesige politische Prozesse zulässt – auch und gerade im Hinblick auf Gegenstrategien?

Die Erfahrung lehrt zunächst, dass Diskurse und Bewegungen der populistischen Rechten aus den USA – trotz ihrer vermeintlichen Nichtübertragbarkeit und ihres spezifischen «Americanness» – über kurz oder lang in abgewandelter Form doch auch in Deutschland Fuß fassen: Das fängt an mit der Leugnung des Klimawandels und den Impfskeptikern, reicht über Chemtrails-Verschwörungstheorien und sogenannte Aluhutträger bis hin zu rechtslibertärem Gedankengut, das immer wieder von der US- zur europäischen Rechten herüberschwappt oder sich im engen

Austausch mit hiesigen Akteuren entwickelt. Am markantesten zeigt sich dieser Prozess bei der Modernisierung der ehemals vor allem antisemitisch und etatistisch ausgerichteten Rechten Westeuropas in Richtung eines islamfeindlichen Marktradikalismus, wie ihn etwa die österreichische FPÖ unter Jörg Haider oder die niederländische Rechte unter Führung von Geert Wilders Partij voor de Vrijheid vollzogen hat, und der sich auch in der AfD widerspiegelt, mit ihren beiden Flügeln: dem kulturkonservativen von Beatrix von Storch und dem nationalliberalen von Bernd Lucke. Ein Einfluss des US-amerikanischen Rechtslibertarismus auf diese Entwicklung wäre noch systematisch zu erforschen, dürfte sich aber wohl leicht nachweisen lassen. Die USA beobachten heißt damit oft nichts anderes, als die Zukunft Europas zu beobachten. Und diese Perspektive nahmen bereits in der Vergangenheit viele kluge europäische Denker ein, wie etwa Alexis de Tocqueville, Max Sering, Max Weber, Theodor W. Adorno oder Friedrich August Hayek – manche blickten dabei sehnsüchtig auf die USA (wie Hayek), andere erschauernd (wie Adorno).<sup>1</sup> Die USA sind auch in dieser Hinsicht ein Empire, und ihre hegemoniale Ausstrahlungskraft ist noch längst nicht gebrochen. Man denke nur an die Milliarden junger Menschen, die überall auf der Welt Hollywoodfilme und US-Serien sehen, die an Ivy-League-Universitäten in den USA studieren wollen, dem «American Way of Life» nacheifern und insgesamt mehr über die USA wissen als über all ihre Nachbarländer zusammengenommen.

Wie wahrscheinlich ist also die Übertragung von rechten Diskursen von den USA auf Deutschland im Hinblick auf schulische Lehrpläne im Allgemeinen und die Sexualerziehung im Besonderen? Lässt sich gar ein Einfluss der US-Rechten auf die Kontroverse um den grün-roten Bildungsplan 2015 in Baden-Württemberg nachweisen? Und wie könnte dieser aussehen?

## **2 «Common Core»: Bildung nach dem Geschmack von Kapital und Befürwortern einer neoliberalen Austeritätspolitik**

Wer die Entwicklungen in Deutschland und den USA vergleicht, dem fällt zunächst auf, dass es auch in den USA eine seit 2013 anhaltende starke Kontroverse um eine staatliche Bildungsreform gibt. Diese heißt dort «Common Core State Standards Initiative», kurz «Common Core» (im Weiteren als CCSSI abgekürzt). Dabei handelt es sich um ein Bundesgesetz, das von der privaten (Bill-)Gates-Stiftung entwickelt wurde und von einer breiten Koalition aus Kapitalverbänden wie der US-Handelskammer und dem Business Roundtable, Großkonzernen wie ExxonMobil und staatlichen Herrschaftsapparaten wie dem Pentagon und der US-Armee beworben wurde. In die Kampagne floss ein Betrag in dreistelliger Millionenhöhe. Schon 2010 war die CCSSI – damals noch weitgehend ohne öffentliche Debatte – in 45 Einzelstaaten, die im föderalistischen System der USA ähnlich wie die Bundesländer in Deutschland die Bildungshoheit haben, implementiert worden. Aufgrund von Widerstand aus der Bevölkerung haben sich einige Staaten inzwischen wieder davon verabschiedet, was den Konflikt weiter am Leben hält.

Die erste zentrale Frage ist natürlich: Welches Interesse haben die ökonomischen und politischen Eliten an diesem Gesetz, dass sie einen so hohen finanziellen Aufwand zu seiner Durchsetzung betreiben? Der Hintergrund ist eine Kombination aus Verwertungsinteressen privatkapitalistischer Unternehmen und Wettbewerbs- und Sparinteressen des neoliberalen Staates. Im Vorfeld der CCSSI wurde das wiederholt schlechte Abschneiden von US-Schülerinnen und Schülern in globalen Leistungsvergleichen moniert. Auch Wirtschaftvertreter in den USA beschwerten sich seit Langem über das vermeintlich schlechte

Bildungsniveau der High-School-Absolventen. Im Neoliberalismus sehen beide politischen Parteien es deshalb als ihre Aufgabe an, das gegenwärtige System der öffentlichen Bildung in eine ganz spezielle Richtung zu «reformieren». Regierungsoffiziell lautet die Herausforderung, die US-Schülerschaft «auf international wettbewerbsfähigem Level fit für College und Karriere [zu] machen».

Die Differenzen zwischen beiden Parteien sind gerade in Grundsatzfragen der Bildungspolitik sehr gering. Schon 2002 verabschiedete die Bush-Administration ein Gesetz, das vermutlich deshalb «No Child Left Behind Act» genannt wurde, weil es genau das Gegenteil davon bezweckte oder wenigstens zur Folge hatte. Dieses Gesetz verordnete eine stärkere Standardisierung von Prüfungen an den Schulen, indem es nationale Leistungstests in den Fächern Englisch und Mathematik einführt, knüpfte öffentliche Fördermittel an das Abschneiden der Schulen in diesen Tests und förderte mit sogenannten Bildungsgutscheinen, dass Eltern ihre Kinder anstatt auf öffentlichen Schulen auf sogenannte Charter Schools (private Vertragsschulen)<sup>2</sup> schicken oder von Privatlehrern zu Hause unterrichten lassen. Hinter dem gut klingenden Label «freie Schulpflicht» verbirgt sich also ein großer Schritt in Richtung Privatisierung des öffentlichen Bildungssektors. Eng damit verbunden ist eine fortschreitende bildungspolitische Entsolidarisierung (gerade der Mittelklassen), eine weitere Ökonomisierung der öffentlichen Schulen, die Ausweitung des Notendrucks auf Schüler und des Leistungsdrucks auf Lehrer sowie die Entmachtung von Gewerkschaften und die Beschneidung von Arbeiterrechten im öffentlichen Dienst.

Auf der Grundlage von Bushs Schulreform setzt die Obama-Administration nun diesen eingeschlagenen Weg fort. Konkret sollen die landesweit standardisierten Prüfungen, die Objektivität suggerieren, auf alle Kernfächer und auf alle Stufen – von der Vorschule bis zur

12. Klasse – ausgeweitet werden. Der neoliberale Kern des Gesetzes besteht *erstens* darin, dass dem Staat explizit die Aufgabe übertragen wird, den «Standort» USA «global wettbewerbsfähig» zu machen und ausländische Direktinvestitionen des weltweit mobilen Kapitals durch marktgerechtes Humankapital in Form von entsprechend ausgebildeten Schulabsolventen anzulocken. Die CCSSI ist damit die bildungspolitische Flankierung von fiskalpolitischen Steuersenkungen und Subventionen für Konzerne (gegenfinanziert durch Sparmaßnahmen bei sozialen Programmen), arbeitsmarktpolitischen Deregulierungsmaßnahmen (das heißt Prekarisierung) und lohnpolitischen Konzessionen der Gewerkschaften (auch und gerade im öffentlichen Dienst). *Zweitens* verfolgen beide Parteien eine radikale Politik der Schulprivatisierung. Die Leistungsvergleiche sollen den neoliberalen Umbau des öffentlichen Bildungssektors erleichtern und forcieren. Es soll möglich werden, öffentliche Schulen mit schlechten Testergebnissen zu schließen und durch private Charter-Schulen zu ersetzen. Das handlungsleitende Motiv ist dabei weniger die abstrakte neoliberale Ideologie «Markt vor Staat», als vielmehr das konkrete Sparinteresse des Staates. Denn Charter-Schulen sind weitgehend gewerkschaftsfrei und zahlen ihren Angestellten entsprechend niedrigere Löhne als im öffentlichen Sektor, der in den USA auch noch nach der neoliberalen Wende weiterhin mit einem gewerkschaftlichen Organisationsgrad von bis zu 40 Prozent (im Unterschied zu 6,6 Prozent im Privatsektor) vielerorts das Rückgrat der Arbeiterbewegung bildet. Das durchschnittliche Jahresgehalt von Lehrern an Charter-Schulen liegt bei 35.537 US-Dollar, an öffentlichen Schulen dagegen bei 51.150 US-Dollar.<sup>3</sup> Der derzeitige demokratische Bildungsminister Arne Duncan warnt deshalb seit Jahren vor einer «Kostenexplosion» bei den Lehrgelöhnen und hat – als in Chicago erprobter Schulprivatisierer – bei seiner Amts-

Einführung den öffentlichen Schulen den Kampf angesagt: Innerhalb von fünf Jahren würde er alljährlich «wenigstens 1.000 Schulen umstrukturieren oder schließen» lassen.<sup>4</sup> Entsprechend hat sich unter Obama der in den späten 1990er Jahren eingeleitete Privatisierungsprozess beschleunigt. Seit der Durchsetzung des Charter-Schul-Modells stieg die Zahl dieser Privatschulen von deutlich unter 1.000 auf schätzungsweise 6.400 im Schuljahr 2013/14 an. Mit insgesamt rund 2,5 Millionen Schülerinnen und Schüler liegt ihr Anteil an allen Schulen jetzt schon bei 12 Prozent.<sup>5</sup>

### **3 Zentralstaat, Bildungs-föderalismus und der Gegensatz zwischen «roten und blauen Staaten»**

Die Bildungsreform CCSSI war von Anfang an sowohl in linken als auch in rechten Kreisen umstritten. Während der wachsende Widerstand von links gegen ihre neoliberale Stoßrichtung mobilisierte, gab und gibt es den größten Widerstand allerdings von rechts. Ähnlich wie bei den Protesten gegen den neuen Bildungsplans in Baden-Württemberg kommt hier in der rechten Gegnerschaft ein tief sitzendes Unbehagen gegen «staatliche Einmischungen» und eine fortschreitende kulturelle Liberalisierung und Modernisierung zum Ausdruck. Der Vorwurf lautete, die CCSSI richte sich gegen traditionelle Familienwerte und andere konservative Überzeugungen.

Um Ähnlichkeiten zwischen den rechten Mobilisierungen in beiden Ländern zu begreifen, ist es allerdings erforderlich, kurz auf die Ursprünge der Angst vor dem Zentralstaat und die Betonung der «States' Rights», das heißt der regionalen Autonomie und föderalen Struktur in den USA, einzugehen. Diese reichen historisch weit zurück. Ursprünglich speisten sie sich aus progressiven Wurzeln, denn im verfassungsgebenden Prozess zwischen 1776 und 1788 war die Zentralisierung der Versuch, die demokratisch-revolutionären

Selbstverwaltungsstrukturen in den Einzelstaaten zu entmachten. Die Behauptung der regionalen Autonomie war damit ein Versuch, die Revolution zu retten und der konservativen Gegenrevolution der Ostküsteneliten etwas entgegenzusetzen.<sup>6</sup> Die neueren Wurzeln der «States' Rights»-Bewegung und der Angst vor einem vermeintlich übermächtigen Zentralstaat sind allerdings weniger emanzipatorisch. Sie gehen auf die Zeit des Vorabends des Amerikanischen Bürgerkriegs (1861 bis 1865) zurück und basieren auf der Angst der Sklavenplantagenelite, eine stärkere Zentralisierung im Allgemeinen und die Errichtung einer Zentralbank im Besonderen könnten der Nordstaaten-Industrie- und Handelsbourgeoisie die Mittel verschaffen, ihre Herrschaft in den Südstaaten militärisch zu brechen.<sup>7</sup> Nach ihrer Niederlage im Amerikanischen Bürgerkrieg widersetzten sich die Südstaaten dann mit dem Verweis auf die «States' Rights» der Aufhebung der Rassentrennung, die erst mit dem Civil Rights' Act von 1964 gebrochen wurde; seither und vor allem seit der Entscheidung des Obersten Gerichtshofes im Fall Roe v. Wade von 1973, die das Recht auf Abtreibung in allen Einzelstaaten durchsetzte, wird der Oberste Gerichtshof und damit der Zentralstaat von rechts bekämpft, weil er als eine «tyrannische Instanz» gesehen wird, die den Einzelstaaten eine vermeintlich «linke Agenda» aufzwingt.

Die Betonung der regionalen Bildungshoheit ist nämlich auch als Kulturkampf zwischen den eher konservativen Staaten im Süden und im angrenzenden Mittleren Westen sowie in den Rocky Mountains (die pikanterweise als die «roten Staaten» bezeichnet werden) und den eher liberalen Staaten im Nordosten (Neu-England), dem Mittleren Westen der Großen Seen von Pennsylvania bis Minnesota und im pazifischen Westen von Washington bis Kalifornien (die als «blaue Staaten» bezeichnet werden) zu begreifen. Entscheidend ist dabei die Schwäche der organisierten Ar-

beiterbewegung: In den «roten Staaten», in denen die Gewerkschaftsdichte niedrig ist, sind die evangelikalen Christen weit verbreitet; und in den «blauen Staaten» ergibt sich ein umgekehrtes Bild. Die Evangelikalen haben, vereinfacht gesagt, das Vakuum gefüllt, das die traditionellen Gewerkschaften als «Sinn-Generatoren» hinterlassen haben beziehungsweise nicht entwickeln konnten, nachdem das Kapital sich in den 1960er und 1970er Jahren in den Süden verlagerte. Das gilt vor allem für den suburbanen Raum, wo die zumeist evangelikalen Megakirchen, deren Zahl zwischen 1980 und 2013 von 150 auf 1.600 hochgeschwungen ist, im Grunde die einzigen Strukturen sind, die den Menschen eine soziale Unterstützung anbieten.<sup>8</sup> Dabei korrelieren hohe Gewerkschaftsdichte und eine tendenzielle politische Linksorientierung auch mit einer höheren Liberalität in kulturellen Fragen.

Die Dominanz der Evangelikalen und des politischen Konservatismus in den «Red States» drückt sich entsprechend auch in recht starken Divergenzen in Bezug auf die Gesellschaftspolitik im Allgemeinen und auf die Richtlinien für die Sexualerziehung an den Schulen aus. So kann in neun der «blauen Bundesstaaten» (Kalifornien, Colorado, Delaware, Iowa, New Jersey, New Mexico, Oregon, Rhode Island, Washington) ähnlich wie im umstrittenen Entwurf des baden-württembergischen Bildungsplans von einer inklusiven Perspektive hinsichtlich sexueller Orientierung und Diversität gesprochen werden. Dagegen ist Lehrern in drei US-Südstaaten (Alabama, South Carolina, Texas) vorgeschrieben, im Unterricht Homosexualität letztlich als Abweichung und «heilbare Krankheit» darzustellen. In 25 Bundesstaaten gilt laut Lehrplan sexuelle Enthaltensamkeit als «sicherste Methode» der Schwangerschaftsverhütung und Sexualkrankheitsprävention, in 19 Staaten ist es zwingend, die Bedeutung sexueller Enthaltensamkeit vor der Ehe zu lehren. Mit Ausnahme von Illinois, Wisconsin und Ohio sind alle die-

se Staaten «rot» und liegen im sogenannten Bible Belt.

Die allgemeine Bedeutung des rechten Widerstands gegen die nationale Bildungsreform CCSSI lässt sich vor diesem Hintergrund auch an seinem politischen Erfolg bemessen, denn sowohl jene vier Staaten, die diese von vornherein ablehnten, sind republikanisch dominiert (Alaska, Nebraska, Texas, Virginia), als auch jene sieben Staaten, die sich erst später dagegen entschieden (Indiana, Missouri, Oklahoma, South Carolina) oder vorhaben, sich nicht länger nach den nationalen Vorgaben zu richten (Louisiana, Kansas, North Carolina).

#### **4 «Gender-Ideologie» statt Kampf gegen den Neoliberalismus**

Der rechte Widerstand gegen die Durchsetzung von landesweiten Standards in der Schulpolitik und die Untergrabung der regionalen Autonomie hinsichtlich der Lehrpläne ist in den USA also traditionalistisch-konservativ motiviert. Der Kampf, der in Baden-Württemberg gegen die Untergrabung von «Familienwerten» und eine vermeintlich aufgezwungene «Geschlechter-Ideologie» tobt, findet in den USA schlicht auf einer anderen Kampfebene statt, insofern er hier als Widerstand gegen die «Werte-Diktatur» des Zentralstaats erscheint. So ist in der radikalen Rechten die Angst weit verbreitet, dass mit der CCSSI den Einzelstaaten auch in die Bildungspläne zur Sexualerziehung hineinregiert werden soll. Der nationale Verband «Stop Common Core» mobilisiert vor allem gegen die «National Sexuality Education Standards» (NSES) von 2008. Diese wurden tatsächlich entwickelt, um «die inkonsistente Implementierung der Sexualerziehung auf Bundesebene anzugehen».<sup>9</sup> Hintergrund der Bemühungen ist das hohe Niveau von Teenager-Schwangerschaften (750.000 im Jahr) und Sexualkrankheiten. Hier nehmen die USA den Spitzenplatz unter den entwickelten kapitalistischen Ländern ein.

Angeblich sind vier von fünf dieser Schwangerschaften ungewollt. Außerdem entfällt allein die Hälfte der 19 Millionen alljährlich übertragenen *sexual diseases* auf die Altersgruppe der 15-bis 25-Jährigen.<sup>10</sup>

Die Organisation «Future of Sex Education», ein Zusammenschluss aus staatlichen Behörden, Gesundheits-, Ärzte- und Nichtregierungsorganisationen, die die NSES bewirbt, erklärt dies damit, dass Sexualkunde in der öffentlichen Bildung vernachlässigt<sup>11</sup> wird. Die Befürworter einer nationalen Sexualerziehung verweisen auf eine Studie des staatlichen Center for Disease Control, dass Schülerinnen und Schüler im Laufe ihrer gesamten Bildungskarriere im öffentlichen Schulwesen nur 17,2 Stunden Sexualkundeunterricht erhielten.<sup>12</sup> Von Organisationen wie «Stop Common Core» werden die NSES als Beleg dafür angesehen, dass der Zentralstaat eine für alle Bundesstaaten verpflichtende Sexualerziehung einführen will. Dabei ist besonders das Bildungsziel, das Mobbing von lesbischen, schwulen, bisexuellen und Transgender-Schülern einzuschränken, ein Zankapfel. Die NSES sehen nämlich vor, dass Schüler am Ende der 5. Klasse in der Lage sein sollten, «sexuelle Orientierung als die romantische Anziehung durch ein Individuum des gleichen oder eines anderen Geschlechts zu definieren». Eine solche ideologische Anerkennung gleichgeschlechtlicher Beziehungen ist – vor dem Hintergrund des «Siegeszugs» der gleichgeschlechtlichen Ehe in mehr und mehr Bundesstaaten – den rechten CCSSI-Gegnern (wie ihren Pendanten in Deutschland) ein Dorn im Auge. Dabei wird bewusst ignoriert, dass es sich hierbei um gänzlich unverbindliche Ratschläge handelt, die weit von einer Bundesgesetzinitiative entfernt sind.

Ein wichtiger Unterschied zwischen dem Stuttgarter Bildungsplan-Entwurf 2015 und der CCSSI ist allerdings, dass das US-System vor dem Hintergrund des historischen Antietatismus in den USA zwei Ventile für

«wertkonservative» und «traditionalistische» Kreise bietet, die das deutsche System nicht vorsieht: zum einen das Recht der Eltern auf Befreiung ihrer Kinder vom Sexualkundeunterricht, das in 35 US-Bundesstaaten gilt und das selbsterklärend ist, und zum anderen das Recht auf *homeschooling*. Denn während in Deutschland seit 1919 die Schul- und Berufsschulpflicht gilt und sich Eltern strafbar machen, wenn sie ihre Kinder nicht wenigstens neun Jahre zur Schule schicken, können in den USA Eltern – ähnlich wie in Frankreich, Holland oder Dänemark – ihre Kinder zuhause unterrichten (lassen). Ein wachsender Teil von Eltern macht von diesem Recht Gebrauch. So verdoppelte sich der Prozentsatz der «Heimschulkinder» zwischen 1999 und 2007 von 1,7 auf 2,9 Prozent (das sind 1,51 Millionen Kinder).<sup>13</sup> Und wenn es auch reformpädagogische und anarchistische Motive für das *homeschooling* geben mag, kommt der Großteil der Bewegung, die sich hierfür stark macht, aus dem christlich-fundamentalistischen, evangelikalischen Milieu.

## **5 Die rechte Revolte gegen den «linken» Flügel des neoliberalen Blocks: Eine Herausforderung für die sozialistische Linke**

Bei einem Vergleich des rechten Widerstands gegen die Bildungsreformen in Baden-Württemberg und in den USA sind am Ende vor allem die Parallelen bei den allgemeinen politökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklungen augenfällig, die den Aufstieg dieser Form eines neuen Rechtspopulismus befördert haben. Vor dem Hintergrund der allgemeinen kulturellen Liberalisierung, auch und gerade in den USA,<sup>14</sup> handelt es sich beim rechten Widerstand um die Mobilisierung einer Bevölkerungsminderheit. Insbesondere in den USA ist diese allerdings signifikant. Die zum christlichen Fundamentalismus evangelikalischer Prägung neigende Minderheit rekruiert

tiert sich vor allem aus den Mittelklassen in den ländlichen und suburbanen Gebieten der Süd- und ihren Anrainerstaaten im Mittleren Westen, wo Gewerkschaften und andere Infrastrukturen der Arbeiterbewegung fehlen und evangelikale (Mega-)Kirchen oft die einzigen sinnstiftenden Institutionen sind. In dieser spezifischen gesellschaftlichen Gruppe rufen der neoliberal getriebene rapide gesellschaftliche Wandel und die sich parallel vollziehende kulturelle Liberalisierung eine Reihe diffuser Ängste hervor. Dabei verlagert sich die Wut über den sozioökonomischen Tiefenstrukturwandel in die Sprache der – viel unmittelbarer erlebten und greifbareren – kulturellen Oberflächenstruktur. So ist der Eindruck einer

der Auflösung des historischen Klassenkompromisses der 1950er Jahre gibt, gibt es auch ein rechtes Leiden daran. Die Rechte will die soziale Frage des Neoliberalismus, weil sie soziale Ungleichheit und den ökonomischen Liberalismus tendenziell für alternativlos hält, allerdings als kulturelle Frage behandeln. Entsprechend erscheinen die Krise des neoliberalen Kapitalismus und seine zunehmend offensichtlicher zutage tretenden sozialen Widersprüche den rechten Intellektuellen (wie Samuel Huntington: «Who Are We?», Charles Murray: «Coming Apart: The State of White America», Ross Douthat: «Grand New Party») und extrem rechten «Intellektuellen» (wie Bill O'Reilly: («The Culture War»), James Dobson

von «Focus on the Family») vornehmlich als kulturelles Problem. Es findet eine Kulturalisierung der sozialen Frage statt. So wird etwa die Ansicht vertreten, Armut sei selbstverschuldet und nicht durch staatliche Inter-

---

**Die zum christlichen Fundamentalismus evangelikaler Prägung neigende Minderheit rekrutiert sich vor allem aus den Mittelklassen der Süd- und ihren Anrainerstaaten im Mittleren Westen, wo evangelikale (Mega-)Kirchen oft die einzigen sinnstiftenden Institutionen sind.**

«Umwertung der Werte» entstanden, wobei verschwiegen wird, dass die «alten Werte» in der Regel traditionelle Formen der Ausbeutung und Unterdrückung bedeuteten: nämlich das fordistische männliche Brotverdienermodell mit ökonomisch abhängigen, unbezahlten und entsprechend unterdrückten Hausfrauen, rassistische Segregation, Dominanz der Kirchen und ihrer alten repressiven Sexualmoral sowie Tabuisierung und strafrechtliche Verfolgung von Homosexualität und anderer Formen sexueller Orientierung und Vielfalt.

Dass viele Alte diese Ära vermissen und auch manche Jüngere sich danach zurücksehnen, hat auch damit zu tun, dass der Fordismus eben zugleich das «Goldene Zeitalter» des Kapitalismus war, mit steigenden Profitraten (fürs Kapital) und steigenden Reallöhnen (für die Arbeiter). So wie es ein linkes Leiden an

ventionen oder eine institutionelle Stärkung der kaum mehr als gesellschaftlicher Akteur wahrgenommenen Gewerkschaften zu beheben, sondern nur durch eine «Rückkehr zu traditionellen Familienwerten». Das Problem etwa, dass alleinerziehende Mütter das höchste Armutsrisiko tragen, soll nicht durch mehr Kindergärtenplätze und eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung im Sinne der Vier-in-einem-Perspektive (Frigga Haug) gelöst werden, sondern durch eine neue alte «Kultur der Verantwortung» in Ehegemeinschaft und Familie. Verantwortlich gemacht für die neue soziale Frage und alle damit einhergehenden Widersprüche wird dabei die Linke, besonders gern die zum Klischee erstarrten «1968er», die die kulturelle Liberalisierung gegen den Widerstand der Traditionalisten losgetreten und dafür gesorgt haben, dass etwa vorehe-

licher Sex, uneheliche Kinder, Scheidungen und Patchworkfamilien heute nicht mehr gesellschaftlich geächtet oder gar strafrechtlich verfolgt werden.<sup>15</sup>

Entsprechend erscheint das rechte Klassenprojekt des Neoliberalismus, welches das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit durch die «Globalisierung» zugunsten des Kapitals verschoben hat, mit all seinen sozialen Verheerungen, so verrückt das auch klingen mag, als historischer Triumph der Linken. Denn insofern sich die neuen sozialen Bewegungen, die identitätspolitischen Bewegungen (Frauenbewegung, LGBTQ-Bewegung) und auch die Friedens- und Umweltbewegung in den Neoliberalismus und seine Herrschaftsapparatur eingeschrieben haben (auch durch Initiativen wie die NSES oder den Bildungsplan 2015 in Baden-Württemberg), was eine Spaltung des bürgerlichen (neo-)liberalen Feminismus vom sozialistischen Feminismus, der marktorientierten Umweltbewegung vom Ökosozialismus, den liberalen von den radikalen sexuellen Identitätsaktivisten zur Folge hatte, kann der Neoliberalismus von den traditionell-konservativen, ländlich-vorstädtischen, peripheren Mittelschichten tatsächlich als ein linkes Projekt, als Sieg der «1968er» wahrgenommen werden – und das gar nicht mal völlig zu Unrecht.

Auf dieses Problem der Kooptation, das Antonio Gramsci mit dem Begriff *trasformismo* zu beschreiben versucht hat, hat die Linke bis heute keine angemessenen Antworten. Die Herausforderung ist diese: In den 1980er und frühen 1990er Jahren wurden große Teile der alten linken Bewegungen neoliberalisiert und schrieben sich als New Democrats (USA 1992), New Labour (Großbritannien 1997) und «Neue Mitte» von Rotgrün (1998) in den historischen Block des Neoliberalismus ein, machten so das Kapitalprojekt Neoliberalismus erst hegemonial.<sup>16</sup> Seither kombinieren neoliberale

Regierungen die eigene rechte, im Sinne von kapitalorientierte Wirtschaftspolitik mit einer linksliberalen Gesellschaftspolitik. Diese Wirtschaftspolitik treibt manche Subalternen in die Arme der radikalen Rechten, denen der «linke Flügel» des herrschenden neoliberalen Blocks – die Demokraten in den USA oder das rotgrüne Milieu in Deutschland – dann mit dem erhobenen Zeigefinger begegnet. Oft bindet gerade diese elitäre Moralisierung die Subalternen noch stärker an die extreme Rechte. Die Vision der «linken» Neoliberalen ist die von «Markt und Ausbeutung für alle, ohne Diskriminierung». Eine Linke, die sich noch etwas Besseres vorstellen kann als eine solche «Vision», muss sich, will sie die radikale Rechte effektiv bekämpfen, in klarer Abgrenzung zum «(kultur-)linken Neoliberalismus» als sozialistische Linke mit emanzipatorischem Anspruch neu erfinden.

**1** Vgl. u.a. Offe, Claus: Selbstbetrachtung aus der Ferne, Frankfurt am Main 2004. **2** Charter Schools gibt es seit Anfang der 1990er Jahre. Sie sind weitgehend befreit von gesetzlichen Regulierungen und verfügen über eine weitreichende Autonomie bei der Auswahl ihrer SchülerInnen. Sie sind Teil eines staatlich geförderten Systems, das auch zunehmend im Primär- und Sekundärbereich (Grundschulen und High Schools) auf einen Wettbewerb zwischen privaten und öffentlichen Einrichtungen setzt. **3** Vgl. Carpenter II, Dick M./Kafer, Krista: The State of Charter Schools, Studie im Auftrag des Colorado Department of Education, Denver 2013, unter: [www.cde.state.co.us/cdechart/stateofcharterschoolsreport](http://www.cde.state.co.us/cdechart/stateofcharterschoolsreport). **4** Vgl. Washington Post, 29.1.2013. **5** Washington Post, 1.10.2014. **6** Vgl. zu diesem Prozess Bouton, Terry: Taming Democracy: «The People,» The Founders, and the Troubled Ending of the American Revolution, Oxford 2009. Zum Ergebnis vgl. Beard, Charles: An Economic Interpretation of the Constitution of the United States, Mineola 2004. **7** Vgl. Post, Charles: The American Road to Capitalism, Chicago 2012. **8** Vgl. hierzu näher Solty, Ingar: Die Tea Party als Klassenprojekt, in: LuXemburg 2/2014, S. 52–59. **9** The American Association of Health Education u.a. (Hg.): National Sexuality Education Standards: Core Content and Skills, K-12. A special publication of the Journal of School Health, XX 2012, S. 6, unter: [www.futureofsexeducation.org/documents/josh-fose-standards-web.pdf](http://www.futureofsexeducation.org/documents/josh-fose-standards-web.pdf). **10** Ebd., S. 7. **11** Ebd., S. 14. **12** Ebd. **13** U.S. Department of Education (Hg.): National Center for Education Statistics Issue Brief 2009-030, Washington D. C. 2009, unter: <https://nces.ed.gov/pubs2009/2009030.pdf>. **14** Vgl. hierzu Solty, Ingar: Die USA unter Obama: Charismatische Herrschaft, soziale Bewegungen und imperiale Politik in der globalen Krise, Hamburg 2013, S. 309 ff. **15** Vgl. Hierzu auch Solty, Ingar: links/rechts, in: Haug, Wolfgang Fritz u.a. (Hg.): Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 8/II, Hamburg 2015, Spalten 1152–1168. **16** Vgl. Candeias, Mario: Neoliberalismus – Hochtechnologie – Hegemonie, Hamburg 2004, S. 404 ff.

## ANGABEN ZU DEN AUTORINNEN UND AUTOREN

**Lucie Billmann** ist Dipl.-Pädagogin und promoviert zu «Lebensführung und Orientierung junger Frauen in sozialen Berufen». Publikation: «Solidarität in der Krise» (2013), herausgegeben zusammen mit Josef Held. Seit 2013 arbeitet sie für die Rosa-Luxemburg-Stiftung.

**Marcus Felix** studierte Deutsch, Geschichte und Biologie für das Lehramt an Gymnasien an der Friedrich-Schiller-Universität Jena; Forschungen zum Thema Kontaktbedingungen und Gender-Theorien in pädagogischen Settings; ehrenamtliche Mitarbeit im Jenaer Aufklärungsprojekt «miteinanders» und in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. Im Januar 2015 erschien seine Examensarbeit «Wer hat Angst vorm Regenbogen? Wie schulische Aufklärungsprojekte Vorurteile gegenüber geschlechtlicher und sexueller Vielfalt reduzieren können» im Tectum-Verlag.

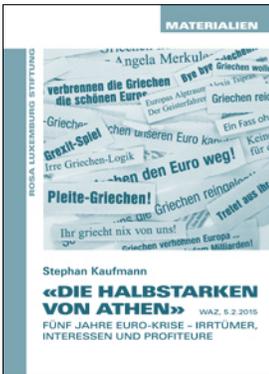
**Andreas Kemper** ist Doktorand am Institut für Soziologie der Universität Münster. Sein Forschungsschwerpunkt ist «Klassismus». Zahlreiche Publikationen, darunter: «(R)echte Kerle. Zur Kumpanei der Männerrechtsbewegung» (2011), «Die Maskulisten. Organisierte Antifeminismus im deutschsprachigen Raum» (2012, Hg.), «Rechte Euro-Rebellion. Alternative für Deutschland. Zivile Koalition e. V.» (2013), «Sarra-

zins Correctness. Ideologie und Tradition der Menschen- und Bevölkerungskorrekturen» (2014), «Keimzelle der Nation? Familien- und geschlechterpolitische Positionen der AfD – eine Expertise» (2014), «Keimzelle der Nation – Teil 2. Wie sich in Europa Parteien und Bewegungen gegen Toleranz, Vielfalt und eine progressive Geschlechter- und Familienpolitik radikalisieren» (2014).

**Ingar Solty** ist Politikwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsprojekt «The Question of Europe in an Era of Economic and Political Crises» an der York University in Toronto, Kanada. Seit Februar 2015 arbeitet er zudem für das Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung an einer Studie zur neuen Außen-, Europa- und Geopolitik der Bundesrepublik Deutschland und zu linken Außenpolitikalternativen. Letzte Buchveröffentlichungen: «Die USA unter Obama» (2013) und «Imperialismus» (2011, gemeinsam mit Frank Deppe und David Salomon).

**Lucius Teidelbaum** ist Historiker, freier Publizist und Rechercheur. Von ihm erschienen unter anderem im Unrast-Verlag zwei Bücher: «Braunzone Bundeswehr. «Rechtsum» in der Männertruppe» (2012) und «Obdachlosenhass und Sozialdarwinismus» (2013).

## AKTUELLE PUBLIKATIONEN



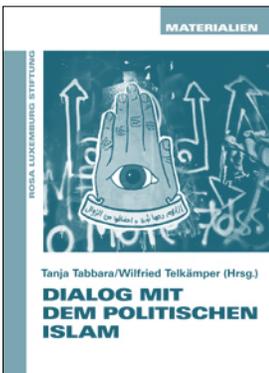
Stephan Kaufmann

### **DIE HALBSTARKEN VON ATHEN**

FÜNF JAHRE EURO-KRISE – IRRTÜMER, INTERESSEN UND PROFITEURE

Materialien Nr. 7, April 2015

Download unter: [www.rosalux.de/publication/41374](http://www.rosalux.de/publication/41374)

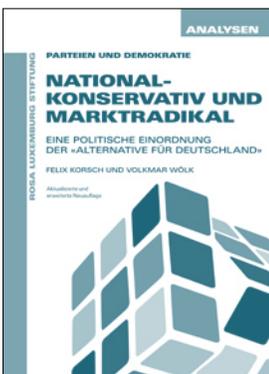


Tanja Tabbara, Wilfried Telkämper (Hrsg.)

### **DIALOG MIT DEM POLITISCHEN ISLAM**

Materialien Nr. 5, Januar 2015

Download unter: [www.rosalux.de/publication/41077](http://www.rosalux.de/publication/41077)



Felix Korsch, Volkmar Wölk

### **NATIONALKONSERVATIV UND MARKTRADIKAL**

EINE POLITISCHE EINORDNUNG DER «ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND»

Analyse Nr. 13, Dezember 2014, aktualisierte und erweiterte Neuauflage

Download unter: [www.rosalux.de/publication/40320](http://www.rosalux.de/publication/40320)

## **Impressum**

MATERIALIEN Nr. 8

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Martin Beck

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)

ISSN 2199-7713 · Redaktionsschluss: Mai 2015

Foto: Hans Schlechtenberg

Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Gedruckt auf: Circleoffset Premium White, 100 % Recycling



**Diese Broschüre will zeigen,  
dass sowohl Homo- und  
Transphobie als auch Frauen-  
feindlichkeit keine Phänomene  
sind, die nur am politisch  
rechten Rand der Gesellschaft  
zu finden sind, sondern dass  
solche Haltungen bis weit  
in die bürgerliche Mitte  
hinein auf Verständnis und  
Zustimmung stoßen.**